

österreichischen Bundesrat vertreten sein, herzlichen Glückwunsch dazu. Ich hoffe, du vergisst nicht auf die Stadt Graz (*Allgem. Appl.*)

Generaldebatten

GR Schwindsackl, ÖVP: 10.14 bis 10.34 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Kolleginnen und Kollegen des Hauses Graz, wertere Zuhörerinnen und Zuhörer. „Wir sind nicht auf Erden, um ein Museum zu hüten, sondern um einen Garten anzulegen, auszubauen und zu pflegen“, Zitat von Reform-Papst Johannes, dem XXIII. In unserem 127,46 km² großen Graz-Garten, in dem Wohn-, Kultur Bauten, Universitäten, Schulen, Forschungs- u. Innovationszentren, Behörden, Gesundheitszentren, vulgo Krankenhäuser, Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen sowie zahlreiche Klein-/Mittel- und Großbetriebe generationenübergreifend geschaffen und angesiedelt wurden, leben derzeit rund 320.000 größtenteils zufriedene Menschen, Menschen aller Generationen. Ich möchte meine Ausführungen daher unter das Motto „Generationenverantwortung und Gerechtigkeit“ stellen. Es steht ja außer Streit, dass wir in unserem politischen Handeln die Verantwortung für Generationen als oberste Prämisse sehen müssen. Es gilt nicht nur, im Hier und Jetzt zu denken, sondern die von uns zu setzenden Maßnahmen auch in die Zukunft zu projizieren. Der Begriff Generationengerechtigkeit setzt sich aus den Einzelwörtern Gerechtigkeit und Generationen zusammen. Von diesen beiden Bestandteilen ist Gerechtigkeit mit Sicherheit schwieriger zu definieren, aber auch der Begriff Generation wird in unterschiedlichste Zusammenhänge gebracht und ist auch mehrdeutig. Obwohl der soziale Generationenbegriff im allgemeinen Sprachgebrauch sehr weit verbreitet ist, kann er im Rahmen von Untersuchungen über Generationsgerechtigkeit nicht benutzt werden, da seine Zuordnung zu unbestimmt

und zu umstritten ist. Generation ist die Gesamtheit der heute jungen, mittleren und älteren lebenden Menschen. Jeder von uns will älter werden, aber möglichst lang nicht als alt bezeichnet werden. Die Zeitspanne vom Junior zum Senior ist im Lebenskalendarium rasch erreicht, wer möchte denn ab dem 55. Lebensjahr als der Alte gelten, bei Frauen wird aus Höflichkeitsgründen ein anderer Begriff umschrieben, ändert aber an der Alterstatsache nichts. Jeder hat die Falten, die er oder sie sich verdient hat.

Aber nun zum inhaltlichen Schwerpunkt meiner Ausführungen:

Ich möchte die großen Bereiche Pflege, Soziales, Sicherheit, Freizeitverhalten und die Altersdiskriminierung in den Fokus meiner Ausführungen im Zusammenhang mit dem Budget 2019 stellen. (*Allgem. Appl.*). Die Erstellung eines Budgets, und ihr habt es ja gehört, dieser Größenordnung ist immer eine besondere Herausforderung, im Besonderen für den Ressortverantwortlichen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei gilt es einerseits, künftigen Generationen keine allzu großen Bürden aufzulasten und andererseits mit zukunftsweisenden Investitionen die Basis für Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Die Grazer ÖVP unter Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl hat schon in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie gestalten will und kann und dies im Sinne der Verantwortlichkeit gegenüber allen Generationen. Das richtige Maß aus Innovationsfreudigkeit, Weitblick und finanziellem Verantwortungsbewusstsein ist dabei sehr entscheidend. Die demografisch erfreuliche Entwicklung, dass die Lebenserwartung ja ständig steigt, stellt uns vor eine Fülle von Aufgaben:

1. Thema Pflege:

Die Pflege ist in aller Munde und beherrscht seit geraumer Zeit die politische Diskussion. Für viele ist die Pflege eine tagtägliche Herausforderung. Sei es als pflegender Angehöriger, als Bediensteter im Pflegebereich oder selbst als Pflegebedürftiger. Der Politik hat in den letzten Jahren der Mut gefehlt, die

drängenden und dringenden Probleme in diesem Bereich anzugehen. Durch die Abschaffung des Pflegeregresses ist ein enormer Anstieg der Aufnahmen in die städtischen Einrichtungen erfolgt. Die Wartelisten und Aufnahmezeiten werden immer länger. Die daraus entstehenden Mehrkosten werden aus der Pension und vom Sozialhilfeverband, also von der Stadt, bezahlt, das bedeutet höhere Kosten und diese sind in diesem Budget abgebildet erstmals, und erfreulicherweise schon mehrmals erwähnt, beträgt das Sozialbudget 305 Mio. Euro. Initiativen und Inputs von Seiten des zuständigen Stadtrats Mag. Robert Krotzer sind nicht nur gefragt, sondern sind auch überfällig. Die neue Bundesregierung dagegen hat einen Masterplan Pflege beschlossen, der den Startschuss für eine groß angelegte Reform im Pflegebereich darstellt. Als oberstes Ziel sehe nicht nur ich eine nachhaltige Lösung der Pflegefrage. Der Masterplan Pflege bildet die Grundlage für den Dialog zwischen Bund, Land und Gemeinden und verfolgt fünf Ziele:

1. Bessere Unterstützung für pflegende Angehörige
2. Qualifizierung, gute Ausbildung und ordentliche Entlohnung des Pflegepersonals
3. Neuaufstellung der Organisation der Pflege
4. Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung und
5. Nutzung von Technologien und Innovationen im Pflegebereich

Alle Maßnahmen des Masterplans der Bundesregierung folgen dem Leitprinzip „Daheim statt Heim“. Menschen wünschen sich im Falle der Pflegebedürftigkeit vor allem ausreichende Unterstützung und Hilfe, um selbstbestimmtes Leben vor allem auch in Würde führen zu können.

Sowohl aus sozialer und familiärer Sicht als auch aus finanziellen Gründen ist das die beste Variante. Das fertige Konzept wird im kommenden Jahr den Ländern und Gemeinden vorgestellt.

Diese wichtige Initiative ist eine generationsübergreifende zukunftsorientierte Vorgangsweise.

2. Sozialbereich

Das von der Opposition gerne skizzierte schwarzblaue Schreckgespenst, das oft mit Sozialabbau in Zusammenhang gebracht wird, ja das existiert nicht, ist nicht vorhanden, denn sozial ist doch letztlich nur, was leistbar und treffsicher ist. Unser Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl hat anlässlich der Budget-Presskonferenz von einem Budget „der sozialen Wärme“ gesprochen und dies mit Zahlen und Fakten auch untermauert. Das Sozialbudget, man kann es gar nicht oft genug sagen, wurde auf 305 Millionen ja aufgestockt, dank der Initiative des Sozialstadtrates Kurt Hohensinner (*Allgem. Appl.*). Die Gesamtausgaben im Sozialamt liegen ja bei 146,4 Millionen. Und dieses ist auf zwei verschiedene Säulen, einmal auf die gesetzlichen Ausgaben wie Mindestsicherung und Behindertenhilfe und einmal auf die freiwilligen Leistungen, gestellt. Bei Ersteren da gibt es nicht viel Spielraum, da hier das Sozialamt nur vollziehende Behörde ist. Bei der neuen SozialCard, großartige Einführung, werden 1:1 die gleichen Beträge eingestellt wie im vergangenen Jahr, also rund 1,4 Millionen Euro. Der Taxi-Kosten-Zuschuss für mobilitätseingeschränkte Personen, das ist das ehemalige Behindertentaxi, also nicht das Taxi, sondern die Personen, die da mitfahren, wurde mit 350.000 Euro eingeplant. Das entspricht dem tatsächlichen Verbrauch auch der Werte 2018. Das erhöhte Sozial-Budget wirkt auch, und das ist ganz ein wesentlicher Punkt, der schleichenden Altersarmut entgegen. Die vom Seniorenreferat ausgeführten und auch immer wieder sehr beliebten Ausflüge und auch das Café Graz, was auch einem gewissen Relaunch unterzogen werden muss, erfreut sich großer Beliebtheit.

3. Sicherheit

Die Sicherheit der Älteren bedeutet keinesfalls die Unsicherheit der Jüngeren. Alle Generationen haben das Recht auf den Schutz ihrer bürgerlichen Freiheiten, ihrer Menschenwürde und das Recht auf den Schutz ihres oft sehr schwer erarbeiteten Eigentums. Senioren wollen, wie alle anderen natürlich auch, sicher leben im öffentlichen Raum mit Parkanlagen, Gehwegen ebenso wie in ihren Häusern und Wohnungen. Verstärkte Präsenz der Exekutive und eine gute Straßen-/Gassen-

Beleuchtung tragen sicher auch zu dieser wünschenswerten Sicherheit bei. Die vom Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ins Leben gerufene Aktion „Sicher leben in Graz“ mit der Grazer Polizei, welche mit Info-Nachmittagen, und einer Broschüre verständlich und bürgerfreundlich an das Thema Sicherheit heranträgt, trägt zu einer wesentlichen Verbesserung auch des Selbstschutzes bei.

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes gilt es heute mehr denn je, den Bedürfnissen der älter werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen. Dabei stehen folgende grundsätzliche Anforderungen an den seniorengerechten öffentlichen Raum im Vordergrund:

- Eine hindernisarme Umgebung mit barrierefreier Gestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen, aber auch aller Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen, Dienstleistern und Geschäften.
- Eine ortsnahe und gut erreichbare Nahversorgungsinfrastruktur.
- Ältere Menschen müssen auch bei der Einschränkung der Mobilität die Möglichkeit haben, sich möglichst selbstständig innerhalb eines bestimmten Aktionsradius bewegen zu können.
- Eine nachhaltige Entwicklung durch Flächenmanagement und Innenentwicklung, um ein lebenswertes und attraktives Arbeiten und Wohnen auch zu sichern.

Es wird beim Komplex „Ältere Menschen im Straßenverkehr“ sicherlich Aspekte geben, die auf das gesamte Spektrum von Menschen im Alter zutreffen – unabhängig von ihrer körperlichen, auch finanziellen Verfassung – wie etwa ein flexibleres Zeitbudget, das sich ja aufgrund des Wegfalls der Berufsausübung ergibt. Ältere Menschen sind, wie viele andere Gruppen auch, in einer noch doch hauptsächlich von Autoverkehr ausgerichteten Stadt keine gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer. Die Fähigkeit zur Mobilität nimmt natürlich bei älteren Menschen, ist bei kleinen Kindern ähnlich, infolge unterschiedlicher Faktoren ab. Die Grünphasen sind an Fußgängerübergängen, wenn überhaupt, auf die Gehgeschwindigkeit von normalen Durchschnittsfußgängern ausgelegt, manchmal von Marathonläufern, bei älteren Menschen, die können da

einfach nicht mithalten. Daher sollte die von mir von der zuständigen Verkehrsreferentin Elke Kahr geforderten „längeren Ampelphase“ für Fußgängerübergänge auch endlich vorgenommen werden, nicht nur immer prüfen. Bessere Sicherung der Kreuzungspunkte mit dem Straßenverkehr. Weiters Kenntlichmachung der Bordsteinkanten, Anbringung von geeigneten Geländern, ausreichende und ansprechende Ruhepunkte, Plätze und Bänke. Es müssen situationsangepasste und vor allem übersichtliche und einsehbare Querungsmöglichkeiten geschaffen werden, die stärker als bisher die Querungssicht von Fußgängern erhöhen. 30 km/h-Beschränkungen vor Senioren- und Pflegeheimen und natürlich vor Kindergärten und Schulen. Diese Verbesserungen sind wie manch andere Initiativen auch hier generationsübergreifend.

4. Freizeitverhalten

In Graz leben 61.000 Personen im Alter von über 60 Jahren.

Wann ist man alt?

Sie werden sagen, so wie man sich fühlt. Der Vorgang des Alters kann mit den Begriffen „biologisches Alter und biographisches Alter“ deutlich beschrieben werden. Aber ab wann ist man jetzt wirklich denn nun alt, ist es mit 50, 60, 70, 80 oder gar mit über 100? Derzeit haben wir in Graz 43 Über-100jährige, für die Statistik: 42 Frauen und ein Mann. Die Frage ist bisher nicht eindeutig festgelegt. Das liegt daran, dass es bisher auch keine eindeutige Beschreibung und Festlegung gibt. Es liegt daran, dass es bisher eben das nicht gibt und man findet vielmehr daraus häufig die Begriffe wie deutlich gealtert, jung geblieben oder jünger wirkend. Interessant nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation, kurz WHO, gilt als alt, wer das 65 Lebensjahr vollendet hat, also der größte Teil der hier Anwesenden hat noch viele Jahre Zeit, ich auch noch ein ganzes Jahr. In Deutschland und auch in Amerika wird von einem „geriatrischen Patienten“ erst ab dem 70 Lebensjahr gesprochen. Ja daher ist das Freizeitverhalten der älteren Generation nicht über einen Kamm zu scheren. Die Angebote von Seniorenverbänden und auch vom Seniorenbüro der Stadt Graz

reichen ja von Fern-/Nahreisen, Tanznachmittagen, Schach, Kegeln, EDV, Selbstverteidigungskursen, unzählig viel, bis hin zu den attraktiven Kulturangeboten, wie ermäßigte Museum- und Konzertbesuche, die unser Kulturstadtrat Dr. Günther Riegler ermöglicht (*Allgem. Appl.*). Besondere attraktive Freizeitangebote, die auch der älteren Bevölkerung zu Gute kommen, sind nun schon bald die neu geplanten Naherholungsmöglichkeiten mit der Gondel auf den Plabutsch und zum Thalersee und wieder zurück sowie der neue Lebensraum Mur. Eine großartige Sache, die allen Generationen, natürlich der älteren Generation zu Gute kommen. (*Allgem. Appl.*) Ja schauen Sie, die ältere Generation stellt natürlich auch einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar, was sich im Konsum, im Sparverhalten (Stichwort Enkerl-Sparbuch) auch widerschlägt. Übrigens, auch vielleicht auch zur Erinnerungserläuterung, die Älteren werden in ihrem Verhalten immer jünger. Sie brauchen sich nur in ihrem unmittelbaren Familienkreis vielleicht umschaun.

5. Altersdiskriminierung

Die gibt es nach wie vor tagtäglich, stündlich. Erhöhungen von Beiträgen, keine Kontoüberziehungen, keine Kreditaufnahmen aufgrund des Alters sind keine Seltenheit und verdeutlichen in einer immer älter werdenden Gesellschaft die Notwendigkeit des gemeinsamen Handels gegen diese Altersdiskriminierung. Gerade bei der Anschaffung, die den Wohnbereich betreffen, wie altersgerechte Nasszellen, das ist das vulgo Bad, Treppenlifte ec. sind zusätzlich Geldmittel in Form von Kreditaufnahmen notwendig. Einige öffentliche Initiativen werden und wurden und werden sich weiterhin, vor allem auch diese Thematik mit der Antidiskriminierungsstelle des Landes werden wir uns damit beschäftigen. Der öffentliche Raum in Graz ist sehr wenig generationsüberschreitend gestaltet, muss man auch sagen. Es gibt nur äußerst wenige Plätze in der Stadt, die Alt und Jung gleichermaßen zum Verweilen und zum Miteinander einladen. Ein positives Beispiel in Graz z. Bsp. ist hier der Bereich rund um den Brunnen am Eisernen Tor der trotz kaum vorhandener Infrastruktur (Stichwort WC) von allen Generationen gerne besucht und frequentiert wird und wo sich

offensichtlich Ältere, Jüngere und Kinder gleichermaßen wohl fühlen und auch länger niederlassen.

Der Voranschlag für das Jahr 2019 mit dem, wie bereits erwähnten, höchsten Sozialbudget, man kann es nicht oft genug sagen, aller Zeiten ist eine hervorragende Grundlage, um diesen von mir soeben geschilderten Forderungen und Initiativen den Boden zu ebnet. Mir ist schon klar, dass gute Lösungen erst wachsen müssen wie in einem Garten, wie eingangs ja angeführt, Zitat von Papst Johannes. Da ist es ja wichtig, dass die Erreichung dieser Ziele auch langfristige Prozesse sind, die mittlerweile natürlich oder auch mitunter große Kraftanstrengungen und den Schulterschluss über die Parteigrenzen hinweg verlangen, aber ich bin zuversichtlich, dass auch dies gelingen wird. Mit dem Budget 2019 ist jedenfalls das Feld bestellt, um unsere wichtigen Vorhaben gedeihen zu lassen und in absehbarer Zeit die Früchte unserer Arbeit in unserem Garten Graz auch ernten zu können.

Abschließend möchte ich mich beim geschätzten Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl für seine unermüdliche, generationenübergreifende, weit vorausschauende und innovative Arbeit für unsere lebens- und liebeswerte Stadt herzlich bedanken (*Allgem. Appl.*). Danke dem Sozialstadtrat Kurt Hohensinner für seinen Einsatz, für die gelebte und auch spürbare „soziale Wärme“ in unserer Stadt (*Allgem. Appl.*).

Danke dem mit Übersicht und großer Verantwortung agierenden Finanzstadtrat Dr. Günther Riegler, dem profunden Finanzdirektor Mag. Dr. Karl Kamper, weiters dem Leiter der Stabstelle Budget und Finanzierung „Mr. Budget“ Michael Kicker sowie allen jenen, die positiv und konstruktiv am Zustandekommen mitgewirkt haben (*Allgem. Appl.*).

Danke auch, geschätzte Gemeinderatskolleginnen und Kollegen, für die mir auch geschenkte Aufmerksamkeit und nachdem es noch einen Zeitpolster, ein kleines Zeitfenster gibt, gestatten Sie mir ganz zum Schluss, ist natürlich überraschend und nicht einmal eingeplant, Gedanken von Teresa von Avila. Sie lebte nämlich vor langer Zeit, 1515 bis 1582, und zwar die Gründung der Karmeliter und hat was Gescheites geschrieben und das möchte ich nicht vorenthalten: „Bewahre mich vor der

Einbildung, bei jeder Gelegenheit und zu jedem Thema etwas sagen zu müssen. Erlöse mich von der großen Leidenschaft, die Angelegenheiten anderer ordnen zu wollen. Lehre mich, nachdenklich, hilfreich, aber nicht diktatorisch zu sein. Bewahre mich vor der Aufzählung endloser Einzelheiten und verleihe mir Schwingen, zur Pointe zu gelangen. Lehre mich schweigen über meine Krankheiten und Beschwerden, sie nehmen zu und die Lust, sie zu beschreiben, wächst von Jahr zu Jahr. Ich wage nicht die Gabe zu erflehen, mir die Krankheitsschilderungen anderer mit Freude anzuhören, aber lehre mich, sie geduldig zu ertragen. Lehre mich die wunderbare Weisheit, dass ich mich auch irren kann. Erhalte mich so liebenswert wie möglich und lehre mich, an anderen Menschen unerwartete Talente zu entdecken, egal wie alt sie sind und verleihe mir die schöne Gabe, diese auch zu erwähnen.“ Herzlichen Dank, alles Gute (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Danke dem Herrn Gemeinderat, der eine Punktlandung hatte, nämlich auf die Sekunde genau, seine Budgetredezeit ausgenutzt zu haben. Ich freue mich auch, dass ein alter Weggefährte und Freund von dir und von uns allen heute auch im Gemeinderatssaal anwesend ist, lieber Herr Gemeinderat außer Dienst, lieber Herr Landtagsabgeordneter außer Dienst, lieber Herr Bundesratsabgeordneter und Präsident außer Dienst und Träger des Großen goldenen Ehrenzeichens der Republik mit dem Stern, die höchste Auszeichnung, die der Bundespräsident dir verliehen hat, sei herzlich willkommen, schön, dass du da bist, Gregor Hammerl (*Allgem. Appl.*). Es wird dich sehr gefreut haben, was du gerade gehört hast, als Seniorenvertreter.

GR. Eber, KPÖ: 10.35 – 10.50 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte geschätzte Mitglieder des Stadtsenats, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Die KPÖ ist von den Grazerinnen und Grazern zur zweitstärksten Partei gewählt worden. Offensichtlich aber wollen das nicht alle hier in diesem Hause so wahrhaben, sonst wäre wohl der Umgang mit unseren beiden Stadträten, Elke Kahr und Robert Krotzer, ein anderer. Ziel der schwarz-blauen Koalition in Graz war aber von Anfang an offensichtlich, die Möglichkeiten der beiden KPÖ-Stadträte einzuschränken. Diese Herangehensweise schadet aber in erster Linie nicht der KPÖ, sondern der Grazer Bevölkerung. Nur ein kleines Beispiel: Wenn die Mittel für den Ausbau und Neubau von Fahrradwegen auf niedrigstem Niveau eingefroren werden, bedeutet dies wohl kaum eine Erleichterung für den Umstieg auf „sanfte Mobilität“. An diesem Spiel wollen und werden wir uns aber nicht beteiligen. Wir beurteilen alle Maßnahmen nach dem Nutzen für die Bevölkerung. Aus diesem Grunde werden wir heute auch bei der Abstimmung über das Budget zu den einzelnen Kapiteln uns differenziert verhalten. Als Elke Kahr im April 2017 die Verkehrsagenden erhielt, stellte sich bald heraus, dass die derzeitigen Zuständigkeiten vernünftiges und wirksames Handeln in diesem Bereich erschweren und nicht gerade vereinfachen. Die Zuständigkeiten hier sind auf viele handelnde Personen und Stellen aufgesplittet. Wir haben heute etwa ein Stück auf der Tagesordnung, bei dem es um die Änderung der Kurzparkzonentarife geht. Man könnte meinen, die Verkehrsstadträtin sei dafür zuständig, aber mitnichten. Das Stück wird eingebracht vom zuständigen Finanzstadtrat Günter Riegler. Mit der Kontrolle ist dann bekanntlich die GPS betraut, zuständig dafür ist Vizebürgermeister Mario Eustacchio, die Verkehrsstadträtin Elke Kahr ist dann auch noch zuständig für das Parkgebührenreferat. Das ist nur ein Beispiel, im Bereich des öffentlichen Verkehrs kommen noch der Herr Bürgermeister als Verantwortlicher für die Baudirektion, hier insbesondere für den übergeordneten Verkehr und für die Koordination der Infrastruktur dazu. Dann gibt es natürlich auch noch die Holding Graz Linien, wo es wieder eigene Strukturen gibt und wo auch der Stadtrat für die Beteiligungen,

wiederum der Herr Dr. Günter Riegler, zuständig ist. Im Sinne einer gedeihlichen Entwicklung des öffentlichen Verkehrs und auch der „sanften Mobilität“ insgesamt, wäre es meines Erachtens aber notwendig, die Verkehrsagenden tatsächlich in einer Hand zusammenzuführen. Dass es auch dann noch zu einer guten Abstimmung und zu einer engen Abstimmung mit dem Finanzstadtrat und dem Bürgermeister kommt und kommen muss, versteht sich aus meiner Sicht von selbst. Im Bereich Verkehr ist es, wie in vielen anderen Bereichen natürlich auch, notwendig, dass die gesamte Stadtregierung, der gesamte Gemeinderat, an einem Strang ziehen, im Idealfall sogar in die gleiche Richtung ziehen. Wie soll diese Richtung aber aussehen?

Wir gehen davon aus, dass Mobilität ein Grundbedürfnis und damit auch ein Grundrecht der Menschen ist. Die öffentliche Hand hat dafür Sorge zu tragen, dass dieses Grundrecht

* möglichst sicher

* möglichst umweltschonend und

* möglichst attraktiv

umgesetzt wird.

Das bedeutet, dass sanfte Mobilität, also der öffentliche Verkehr sowie der Rad- und Fußgängerverkehr, Vorrang bekommen sollen. Der öffentliche Verkehr ist dabei sozusagen das Herzstück der Mobilität. Dem Ausbau insbesondere des schienengebundenen Verkehrs, also unserer Straßenbahnen, ist dabei oberste Priorität einzuräumen. Selbstverständlich kostet das dann nicht wenig. Aber nur ein Beispiel: Statt eine teure Seilbahn über den Plabutsch zu bauen, deren Sinnhaftigkeit sich nicht jedermann gleich erschließt und gleichzeitig negative ökologische Auswirkungen hat, könnte man damit schon beispielsweise die Hälfte der Kosten für die Südwestlinie bestreiten (*Allgem. Appl.*). Aber hier vor allem, wie gesagt, beim Ausbau des schienengebundenen Verkehrs sind natürlich Bund und Land ebenso in die Pflicht zu nehmen, denn ganz allein wird Graz diese Ausgaben nicht stemmen können.

Zumindest von Seiten des Landes gibt es hier aber erfreulicherweise bereits klare Zusagen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch unseren Vorschlag wiederholen, eine Nahverkehrsabgabe nach dem Vorbild der Wiener Dienstgeberabgabe, besser

vielleicht bekannt als „U-Bahn-Steuer“, einzuführen. Wenn jeder Betrieb für jeden Beschäftigten nur einen Euro pro Woche abführt, könnte das Land Steiermark zumindest 20 bis 25 Millionen Euro lukrieren, je nachdem natürlich auch, wie man die Ausnahmen gestalten möchte und diese sollten dann zweckgebunden für den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden, 20 bis 25 Millionen Euro pro Jahr, wohlgemerkt.

Zurück zum Thema „Attraktiver öffentlicher Verkehr“, das bedeutet meines Erachtens beispielsweise auch eine gute Bedienung der Stadtrandgebiete auch am Wochenende. Hier haben wir ja es auch mit einer sehr starken Bautätigkeit zu tun und damit mit einem entsprechenden Zuzug. Attraktiver öffentlicher Verkehr bedeutet auch, in unseren Straßenbahngarnituren und unseren Bussen größtmöglichen Komfort zu bieten, gute Umstiegsmöglichkeiten auch zu anderen Verkehrsmitteln, wie dies insbesondere bei dem multimodalen Knoten, tim, bereits möglich ist. Es bedeutet auch, überdachte Wartebereiche, entsprechende Sitzgelegenheiten u. v. m. zu schaffen. Dazu gehört aber auch die Möglichkeit, Fahrscheine an möglichst vielen Stellen möglichst unkompliziert zu kaufen.

Feinstaubhauptstadt, auch diesen Titel trägt Graz leider. Um diesen Titel aber wieder loszuwerden, braucht es die gemeinsame Anstrengung vieler. Insbesondere in der Zeit der erhöhten Feinstaubbelastung im Winter können wir uns autofreie Tage vorstellen, selbstverständlich kann dies nur durch zahlreiche begleitende Maßnahmen gelingen. Bereits seit den 80-iger-Jahren bekennt sich Graz zur Bevorzugung der sanften Mobilität. Bereits 1992, vor etwas mehr als einem Vierteljahrhundert also, wurde flächendeckend 30 km/h im untergeordneten Straßennetz verordnet. Heute bewegen sich die Menschen in Graz zu 53 % im Umweltverbund, also mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Im Mobilitätskonzept und in den Verkehrspolitischen Leitlinien haben wir ehrgeizige Ziele, entweder sogar einstimmig oder zumindest mit sehr großer Mehrheit, formuliert. Beispielsweise bis 2021 soll sich dieser Anteil von 53 auf 63 % erhöhen. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, der Fuß- und Radwege, die Umsetzung von verkehrspolitischen Zielen über

Bebauungspläne und Mobilitätsverträge gehört da ebenso dazu wie die Umsetzung von fortschrittlichsten Maßnahmen im Bereich etwa der City-Logistik. Graz ist hier auf einem guten Weg, wir brauchen auch den Vergleich mit anderen Städten gar nicht scheuen. Zugleich ist aber auch immer „Luft nach oben“, wie es so schön heißt. Wir dürfen auf dem eingeschlagenen Weg nicht bremsen oder diesen Weg gar konterkarieren. Wir müssen im Gegenteil diesen Weg konsequent weiterverfolgen, damit wir diese sehr ambitionierten Ziele zumindest ansatzweise erreichen. Ich möchte, vielleicht einen Satz hier auch noch dazu sagen, weil es der Herr Finanzstadtrat in seiner Einleitung auch angesprochen hat, nämlich die Frage des Gratis-ÖV. Ich glaube, wir sollten uns hier natürlich keinen Schnellschuss erlauben. Ich bin der Meinung, man muss das natürlich ausführlich diskutieren, man kann das nicht, wie sagt man, hopp über tropp einführen, über Nacht sozusagen. Aber man kann es, glaube ich auch, nicht von vornherein apriori sozusagen ablehnen. Ich glaube, wir brauchen da noch viele Erfahrungen natürlich auch, wir brauchen da die Diskussion und wir brauchen da natürlich, und das kann man ja auch machen, dass man sich andere Erfahrungen, Erfahrungswerte anschaut. Und Luxemburg ist als Land natürlich ein sehr kleines, ist etwas mehr als halb so groß wie das Burgenland mit 600.000 Einwohnern, also im ganzen Land, die Hauptstadt selber hat natürlich, wie Sie gesagt haben, 130.000 Einwohner, aber man kann natürlich sich das ja genau anschauen.

Ich möchte auch noch das Thema Wohnen kurz ansprechen.

Man kann uns bzw. der Elke Kahr natürlich die Zuständigkeit für den Bereich Wohnen entziehen, das ist ja auch geschehen, man kann uns aber nicht die Kompetenz in diesem Bereich entziehen oder absprechen (*Allgem. Appl.*).

Während sich Vizebürgermeister Eustacchio gerne bei Wohnungsübergaben zeigt, die, nebenbei bemerkt, natürlich schon vor Jahren in der Zuständigkeit von Elke Kahr noch auf Schiene gebracht worden sind, wird meines Erachtens zuwenig darauf geschaut, auch für kommende Perioden die Voraussetzungen für den Bau neuer Gemeindewohnungen zu schaffen. Wenn wir heute Grundstücke kaufen, braucht es im Schnitt natürlich einige Jahre, bis neue Wohnungen übergeben werden können. Das

liegt in der Natur der Sache. Es braucht den Ankauf von Grundstücken, es braucht Genossenschaften, die Landesförderungen mitbringen und bereit sind, quasi für die Stadt Wohnungen zu bauen, es braucht dann die entsprechenden Verhandlungen, Bebauungspläne, Bauverhandlungen und das alles kann sich natürlich über einige Jahre ziehen. Es gibt natürlich auch einige positive Beispiele, gerade auch im kommunalen Wohnbau, wo es gelungen ist, das schneller zu machen. Das heißt, wenn wir heute keine Grundstücke kaufen, und im Moment sind meines Wissens keine neuen Ankäufe geplant, dann entsteht hier über viele Jahre ein Rückstau, wo wir dann keine neuen Wohnungen für die Stadt mehr bekommen, was wir brauchen ist sozusagen ein Sonderwohnbauprogramm 3 (*Allgem. Appl.*). Nun hat der zuständige Wohnungsstadtrat Vizebürgermeister Eustacchio vorgeschlagen, und ist ja dann auch mehrheitlich beschlossen und umgesetzt worden, die Anzahl der vorgemerkten Gemeindemieter zu reduzieren, indem die Zugangsbedingungen verschärft wurden. Tatsächlich ist natürlich die Warteliste wesentlich kürzer, ebenso kürzer sind natürlich auch entsprechend die Wartezeiten, aber kein Einziger, der jetzt keinen Anspruch mehr auf eine Gemeindewohnung hat, ist dadurch durch diese Maßnahmen wohnversorgt worden. Damit steigt aber der Druck auf den privaten Wohnungsmarkt, damit steigen die Mieten noch weiter. Aber, wie gesagt, Probleme im Bereich Wohnen werden dadurch nicht gelöst. Neben dem Verkehr ist der Bereich Wohnen jener Bereich, in dem wir es, bundesweit, mit den höchsten Preissteigerungen zu tun haben. Leider sieht auch der neu ausgehandelte Grund- und Finanzierungsvertrag für den Verkehrsverbund Steiermark wieder gleichsam automatische Preissteigerungen bei den Fahrscheinen vor. Diese dürfen (im Durchschnitt aller Tarife, also im Durchschnitt von Stunden- bis hin zur Jahreskarte) um das 1,5-fache der Inflation steigen. Müll- und Kanalgebühren werden ebenso automatisch indexangepasst, sprich erhöht. Dass es aber auch anders gehen kann, haben ja bekanntlich die Jahre 2015/16 gezeigt. Ein Gebührenstopp in diesem Bereich brachte Entlastungen für die Grazerinnen und Grazer, ohne dabei das städtische Budget übermäßig zu belasten. Der Kostendeckungsgrad in diesen Bereichen beträgt auch heute noch deutlich über 100 %.

Nun kehrte man also bereits im Vorjahr zum Teuerungsautomatismus zurück. Auf der anderen Seite aber stehen Klub- und Parteienförderungen, erhöhte Einkommen für PolitikerInnen und für Aufsichtsräte in unseren städtischen Gesellschaften. Gleichzeitig gibt es Verschlechterungen im Sozialbereich, Stichwort SozialCard. Meine Kollegin Uli Taberhofer wird dann hier noch etwas genauer darauf eingehen. Wir bekennen uns dazu: Runter mit der Klub- und der Parteienförderung, runter mit den Politikerbezügen, gehen wir hier mit positivem Beispiel voran (*Allgem. Appl.*). Und vor allem in Richtung der FPÖ möchte ich auch sagen, nicht, weil ihr gerade jetzt vor mir dasitzt, sondern weil ihr euch ja immer als Partei des kleinen Mannes sozusagen ausgeben, würde ich sagen: Hört auf, die wahren Leistungsträger in unserer Gesellschaft zu traktieren und zu schikanieren, hört auf, den ArbeiterInnen, den Angestellten, den Beamten, den Frauen, Männern und Kindern das Leben schwer zu machen mit 12- Stunden-Tag...

Zwischenruf GRⁱⁿ Potzinger: Das ist eine Unterstellung!

Zwischenruf GR Mag. Sippel: Arbeitszeitflexibilisierung.

Eber:

... mit 12-Stunden-Tag, mit Leistungskürzungen bei der Mindestsicherung und bei der Notstandshilfe, beim Arbeitslosengeld und mit den Zusammenlegungen der Sozialversicherungen (*Allgem. Appl.*). Es kann meines Erachtens nicht so sein, dass auf der einen Seite SozialCard-InhaberInnen drangsaliert und bevormundet werden und die verantwortliche PolitikerInnen sich selbst Gehaltserhöhungen und Privilegien zubilligen (*Allgem. Appl.*).

Zwischenruf GRⁱⁿ Potzinger: Unglaublich! Das ist eine Ungeheuerlichkeit!

Eber:

Zum Schluss, und ich bin schon am Schluss, möchte ich noch ganz kurz auf einige Zahlen im Budget kurz eingehen: Wenn das Budget für 2019 einen Überschuss von 16 Millionen Euro vorsieht, so ist das auf den ersten Blick einmal sehr erfreulich, auch auf den zweiten Blick ist das viel Geld und jeder Überschuss ist natürlich ein positiver Akzent. Setzt man diese 16 Millionen Euro in ein Verhältnis zum Gesamtbudget von etwas über einer Milliarde Euro, dann sieht man natürlich, der Überschuss macht rund 1,5 % aus. Dazu noch ein Vergleich: Das Medianeinkommen in Österreich betrug 2017 rund 2.160 Euro, das macht netto knapp 1.570 Euro aus. Und wenn man davon nun 1,5 % herausrechnet, bedeutet das: Nicht einmal 25 Euro verbleiben am Monatsende, um notwendige Investitionen, z. Bsp. den Kauf eines neuen Autos, zu finanzieren. Auch wenn man das aufs Jahr hochrechnet, kommen da noch keine sehr großen Beträge zusammen, der Autokauf muss dann wohl noch etwas warten. Und wenn dann im Verlaufe des Jahres noch etwas Unvorhergesehenes passiert, dann ist auch das wenige Ersparte weg. Warum also dieses etwas komplizierte und holprige Beispiel: um zu zeigen, dass auch 16 Millionen Euro nur relativ viel sind, bei einigen Unwägbarkeiten und einigem an Unvorhergesehenem natürlich können auch diese Millionen schnell weg sein. Bürgermeister Nagl, auch Finanzstadtrat Riegler und Sozialstadtrat Kurt Hohensinner sprechen von einem Budget der sozialen Wärme, dem sozial wärmsten Budget in der zweiten Republik überhaupt. Tatsächlich aber, muss man natürlich bedenken, dass sehr viele Pflichtausgaben in diesem Bereich vorhanden sind, wo die Stadt aufgrund von bundes- oder landesrechtlichen Vorgaben Sachen finanzieren muss. Ich mache es kürzer, Bund und Land, ja. Ich möchte aber nicht schwarzmalen und darf zum Schluss, Ihnen Herr Finanzstadtrat, ein Zitat von Theodor Fontane widmen. Davor aber noch meinen herzlichen und aufrichtigen Dank aussprechen an Herrn Finanzdirektor Kamper, an Michael Kicker, an den Stadtrechnungshof, der das ja auch immer begleitet und natürlich auch wirklich an alle Abteilungen, Ämter, Referate, die mit der Erstellung des Budgets betraut waren, weil auch, wenn es auch ein sehr dickes Buch ist, man dennoch nicht sieht, wieviel Arbeit da in Wirklich dahintersteckt. Herzlichen Dank (*Allgem. Appl.*).

Nun ganz zum Schluss das versprochene Zitat (*lacht*), Herr Stadtrat, Theodor Fontane:
Ein Optimist ist ein Mensch, der ein dutzend Austern bestellt, in der Hoffnung, sie mit
der Perle, die er darin findet, bezahlen zu können.

In diesem Sinne sind wir natürlich alle Optimisten. Dankeschön für die Aufmerksamkeit
(*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

KPÖ und Austern werden gerade hinterfragt (*lacht*).

GR. Mag. Sippel, FPÖ: 10.50 -11.15 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und
Herren. Der vorliegende Voranschlag für das Jahr 2019 ist Kulturförderung nach
meinem Geschmack. Aber welche Kultur wurde hier gemeint? Ich kann das gerne
beantworten. Gesprächskultur, Verhandlungskultur und die Kultur der
Gesamtverantwortung. Und nicht nur die großen Grazer Häuser wie Oper,
Schauspielhaus und Next Liberty führen auch unter den aktuellen Intendanten, die
Worte der letzten Tage sind mir da noch im Ohr, großartige Stücke auf. Und auch im
Gemeinderat erleben wir heute gleich zwei fulminante Stücke. Nämlich die
„Blockbuster“: Teil 1 - Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebarung 2019
und Teil 2 – Beschlüsse zum Voranschlag der außerordentlichen Gebarung 2019. In den
Hauptrollen: Der Steuerzahler, die Leistungsträger und die Wirtschaftstreibenden.
Weitere wichtige Rollen: Die sozial Bedürftigen, die Bildungshungrigen, aber auch die
Kultur und die Wissenschaft. Die Intendanz lag auch dieses Mal bei Bürgermeister
Siegfried Nagl und Bürgermeister-Stv. Mario Eustacchio. Regie: Finanzstadtrat Günter
Riegler, Drehbuch: Finanzdirektor Karl Kamper und Special Effects: Michael Kicker. Ein
herzliches Dankeschön dafür (*Allgem. Appl.*).

Für die Kommunisten, die GrünInnen, die Sozialisten und die Neos blieb wieder nur die Statistenrolle. Nicht, weil es in diesem großartigen Machwerk nicht noch weitere spannende, interessante, kreative Rollen gegeben hätte, nein, sondern weil die Protagonisten, die Schauspieler dieser Parteien, um im Jargon zu bleiben, ihren Text nicht gelernt haben.

Anstatt kreativ und heldenhaft für die Grazer zu spielen und zu gestalten, erleben wir heute wieder ein eher erwartbares Trauerspiel parteipolitischer Agitation durch die „Njet-Fraktionen“. Was für eine plötzliche und unerwartete Wendung könnte dieses Stück nehmen, würde sich die vereinte Budgetopposition doch entschließen, etwas weiter nach vorne ins Rampenlicht zu kommen und auch mitzuwirken. Fehlanzeige. Aber ich bin trotzdem der Meinung, dass auch ohne diese Unterstützung dieser Voranschlag das Prädikat „sehenswert“, wenn nicht sogar „oscarreif“ verdient (*Allgem. Appl.*).

Halten wir fest, es fehlt bei besagten Parteien an Bereitschaft an Mut und auch an politischer Kreativität. Wenn man so will, reduziert ihr euch auf die Rolle von politischen Orks, die weiter ihr Dasein im budgetären Nebelgebirge fristen wollen.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Die Orks mag ich.

Sippel:

Ja eh, sind eh lieb, immer dem Bösen zugewandt. Eines ist klar. Man kann immer ein Haar in der Suppe finden. Letztlich sind es aber ja nur Nuancen, welche die einzelnen Zugänge der Parteien zu diesem Zahlenwerk unterscheiden. Ein Blick auf das Budgetvolumen zeigt, dass über 90 Prozent der Gesamtsumme in der Ordentlichen Gebarung eingestellt sind. Da sind dann solche Positionen dabei wie Personal, Pensionen, die immer weiter steigenden Sozialausgaben, aber auch beispielsweise für die Verlustabdeckung des öffentlichen Verkehrs, auch so unwesentliche Dinge wie die Eckwerte der einzelnen Abteilungen befinden sich in der OG. 23,24 Millionen Euro gibt

es da im Sozialamt für den Bereich Pflege, 7,11 Millionen für das Gesundheitsamt - politische Zuständigkeit: Robert Krotzer. Knapp über 12 Millionen bekommt das Straßenamt und noch einmal 1,2 Millionen die Verkehrsplanung – politische Zuständigkeit: Elke Kahr.

Aber wie immer liegt das Hauptaugenmerk auf der außerordentlichen Gebarung. Also auf jenen Mitteln, die aufgewendet werden, um Investitionen zu tätigen. Im Budget 2019 ist die AOG mit 96,2 Millionen Euro dotiert.

Investitionen sind ein Motor für unsere Stadt. Und weil es derzeit eine so erfreuliche konjunkturelle Entwicklung gibt, der Herr Finanzstadtrat hat es vorher aufgeführt, können wir den Investitionsfonds wieder aufstocken auf 300 Millionen Euro, 120 sind ja bereits aufgewendet worden, jetzt wird dieser Fonds wieder um 120 Millionen aufgestockt, der guten Wirtschaftslage sei Dank. Unsere Vorhaben, ein Umstand der dieses Budget ja noch einmal deutlich aufwertet, sind damit auch leistbar und möglich.

Es handelt sich hier um das größte Budget aller Zeiten. Es handelt sich aber auch wahrscheinlich um eines der ausgewogensten. Es bleibt die Frage, was noch alles passieren muss, damit es von KPÖ, GrünInnen, SPÖ und Neos auch eine Zustimmung gibt? Und das ist Frage, was muss da passieren? Ich kann es sagen, es ist egal, was passiert, ihr werdet niemals einem Budget eine Zustimmung geben, das von Schwarz

und Blau vorgelegt wird. Lieber Herr Finanzstadtrat, da können wir Purzelbäume schlagen, da können wir Schuhe aufblasen gehen, es wird alles nichts nutzen, ihr werdet nicht zustimmen. Das ist einmal so, die parteipolitische Scheuklappe, die sitzt einfach zu fest. Insofern widme ich meine wertvolle Redezeit lieber diesem

Voranschlag und versuche, die Essenz da ein bisschen auch herauszubringen. Aus unserer Sicht sollte in jeder politischen Betrachtung der österreichische Staatsbürger im Mittelpunkt stehen. „Österreich zuerst!“, darf ruhig die Maxime aller

Entscheidungen sein. Wenn wir mehr Mittel für das städtische Wohnen zur Verfügung stellen, dann bedeutet das auch mehr Wohnungen bei noch dazu kürzeren

Wartezeiten für unsere österreichischen Landsleute – den neuen Richtlinien sei Dank.

60 neue Wohnungen für Jungfamilien in der Plüddemanngasse sind darüber hinaus eine großartige Chance für heimische Jugendliche, einen guten Start ins neue,

selbständige Leben zu schaffen. Die Berechtigung für eine SozialCard - die auch der Schlüssel zu den freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt ist – ist seit 1. Jänner 2018 neu geregelt. Insgesamt bedeuten ja diese neuen Anspruchsvoraussetzungen mehr Fairness für die österreichische Bevölkerung. Und überhaupt ist die aktuell größte Herausforderung der Sozialbereich. Die Ausgaben im Behindertenbereich, in der Sozialhilfe oder in der Pflege explodieren. Umso wichtiger ist es, mit aller Sensibilität in diesem Bereich steuernd einzugreifen. Ich bin sehr, sehr froh, dass wir diesen Automatismus bei der Zahlung der freiwilligen Leistungen abgeschafft haben. Den Menschen ist es nämlich zumutbar, sich – falls Unterstützung gebraucht wird - aktiv um eben diese zu bemühen. Die Umstellung auf Gutscheine soll darüber hinaus mehr Zweckgebundenheit erhöhen.

Ein umfangreiches, arbeitsintensives Budget liegt vor uns. Die wichtigsten Kennzahlen wurden ja heute bereits präsentiert. Sie sind von den Medien ja auch schon nach der Budget-Pressekonferenz berichtet worden und sind auch schon von meinen Vorrednern kommentiert worden. Ein Aspekt wird im Zuge der Budgetdebatte aber immer gerne ausgeblendet - es mag durchaus auch an der Komplexität des Budgets liegen. Nennen wir diesen Aspekt Kreislauf, Fluss oder auch Budgetkausalität.

Aufpassen, Karl, jetzt wird es komplex: Der Verzicht auf Einnahmen einerseits bedeutet weniger Mittel und damit weniger Gestaltungsspielräume andererseits, relativ logisch. Wenn wir jetzt für unsere städtischen Bediensteten, die alle hervorragende Arbeit leisten, den Gehaltsabschluss des Bundes in der Höhe von durchschnittlich 2,76 % übernehmen, dann müssen wir, so wie es jetzt ausschaut, 700.000, der Herr Finanzstadtrat hat zwar vorher gesagt, dass man dieses Delta abfangen können, da müssen wir aber, wenn wir das nicht schaffen, 700.000 Euro zusätzlich, weil das sind ca. 0,5 %, in die Hand nehmen. Wir haben einmal vorsorglich 2,2 % im Voranschlag für Gehaltserhöhungen eingestellt, aber wenn wir das jetzt unseren Bediensteten zugestehen, dann sind das etwas mehr an Ausgaben. Und dieses Geld muss ja von irgendwo herkommen. Eines kann ich versichern, es wird mit Sicherheit nicht irgendwo da unten im Keller gedruckt werden.

Es gibt jetzt also drei Möglichkeiten: 1.) Wir zwacken das Geld irgendwo anders ab - beispielsweise von einer Ausgabe für die Verkehrsinfrastruktur. Zweite Möglichkeit: Wir erhöhen Einnahmen über die reine Indexanpassung hinaus – beispielsweise im Bereich der städtischen Kanalgebühr – oder es gibt noch eine dritte Möglichkeit. Wir finanzieren fremd und erhöhen damit den Schuldenstand oder wir verringern den knappen, aber doch vorhandenen Überschuss von 16 Millionen Euro. Und ich habe mich vorher doch ein bisschen amüsiert über Manfred Eber, zwar sehr belustigend, was du da jetzt so einfließen lässt, dass der Budgetüberschuss eigentlich so gering ist und doch ein bisschen mehr sein könnte, das habe ich deinen Worten entnommen. Also wenn man die Politik betreiben würde budgetär, die ihr da immer vorschlägt, dann würde der Schuldenstand, dann würde es keinen Überschuss geben, sondern der Schuldenstand innerhalb kürzester Zeit bei über zwei Milliarden sein. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen, insofern ein Amusement (*Allgem. Appl.*) für mich, wenn du da den Überschuss, der da vorhanden ist, was wir ja nicht immer gehabt haben, selten gehabt haben, den dann als zu gering skizzierst.

Also das heißt, vor diesen drei Situationen steht man, wenn man weitere auch unvorhergesehene Ausgaben hat. Wer also gestalten will, muss sich in die Welt der komplexen Zusammenhänge begeben und sich zu einer bestimmten Vorgehensweise bekennen. Schwarz-Blau hat sich in diesem Budget zu einer klaren Vorgehensweise bekannt. Nämlich zu einem investiven Budget, welches sich in einem klaren Rahmen namens Schuldenobergrenze bewegt. Und wer diese Budgetkausalitäten versteht, wie gesagt, bei der KPÖ habe ich da manches Mal meine Zweifel, der kann daher auch guten Gewissens sagen: Indexanpassungen bei diversen städtischen Gebühren wie bei den Parkgebühren, folgt ja heute noch, oder auch den Müll- oder Kanalgebühren, sind Maßnahmen, die eine Politik der sozialen Wärme längerfristig überhaupt erst möglich machen und nicht umgekehrt (*Allgem. Appl.*). Und wer diese Budgetkausalitäten versteht, und auch bei der SPÖ habe ich da so meine Zweifel, wird erkennen, dass gerade der Investitionsfonds genug Platz für Visionen bietet, weil der Michi Ehmann hat ja das gleich einmal ausgerichtet: Ist kein Platz für Visionen. Gerade dieser

Investitionsfonds bietet Platz für Visionen, insbesondere im Bereich Verkehr. Schwieriger ist es da schon, die vielen Visionen, die es gibt, tatsächlich auch in Realität umzusetzen, angefangen Reininghaus-Straßenbahn, die Smart-City-Infrastruktur, die neuen Elektrobusse oder die TIM-Offensive, alles Visionen, die man jetzt in die Realität umsetzen müssen. Das heißt, ganz verstanden hat es die SPÖ leider auch nicht. Ein Beispiel, und das ist heute schon in beiden Reden zuvor auch angesprochen worden, das ist der Gratis-ÖV. Viel populistischer geht es eigentlich nicht mehr. Alleine die Bezeichnung gratis ist in diesem Zusammenhang eine Verhöhnung aller denkaktiven Mitbürger. In Wahrheit müsste man zu diesem Projekt eher „ÖV mit fahrscheinfreier Beförderung“ oder „fahrscheinloser Beförderung“ sagen, denn der öffentliche Verkehr kann niemals kostenlos und schon gar nicht gratis sein. Die zusätzlich entstehenden Kosten, wir haben es heute auch schon gehört, von jährlich 40 Millionen müssten irgendwie abgedeckt werden. Ich glaube da würden nicht viel andere Möglichkeiten bleiben, als die Bürger zusätzlich mit Abgaben oder anderen Gebühren, Nahverkehrsabgaben, was da halt immer auch so im Raum schwebt, zu belasten. Wenn jetzt 83 % der Grazer auf die Frage, ob sie für Gratis-Öffis sind, mit ja antworten - dann muss man aber schon korrekterweise im gleichen Atemzug die Frage stellen, ob die Grazer auch bereit sind, zur weiteren Verlustabdeckung der ohnehin schon hochdefizitären Graz-Linien durch zusätzliche Beiträge ihren Beitrag zu leisten. Das wäre die Frage, die man nebenan stellen müsste. Vorschlagen und fordern kann man alles. Ich glaube, Denkverbote darf es nicht geben. Es soll diskutiert werden dürfen, ob fahrscheinfreier ÖV tatsächlich das entscheidende Argument für den Umstieg vom Auto sein kann und ich glaube, das ist auch entscheidend, ob die Stadt tatsächlich die notwendigen Kapazitäten ohne Qualitätsverlust bereitstellen kann. Und wenn man schon sich bemüßigt fühlt, dieses diskutierwürdige Thema an den Start zu schicken, dann sollte man seriöserweise auch einen Bedeckungsvorschlag, einen ausgereiften Bedeckungsvorschlag mitliefern. Das lernen wir da im Gemeinderat bei jedem dringlichen Antrag. Also bitte, wenn schon ein so revolutionäres Verkehrskonzept da auch vorgestellt wird, dann bitte einen Bedeckungsvorschlag mitliefern.

Insgesamt liegt heute ein Budget vor uns, gegen das man in Wirklichkeit nicht sein kann. Betrachtet man diesen Voranschlag wie eine Pyramide, so besteht deren Basis aus den budgetären Grundbedürfnissen. Dazu zählen die Gehälter, die Pensionen und die Aufrechterhaltung der städtischen Infrastruktur. Ich glaube, alles Aufwendungen, die vollkommen unumstritten sind. Die Ausgaben für soziale Sicherheit und das Zurverfügungstellen von städtischer Nahversorgung im Bereich des Verkehrs, des Sports, im Bereich der Kultur und Freizeit stehen sozusagen über den Grundbedürfnissen und sind ebenfalls – bei da und dort unterschiedlichen Ansätzen – weitestgehend unumstritten. Interessant wird es dann an der Spitze der Pyramide, und da bin ich jetzt auch ua. bei der Gondel. Hier befindet sich jener Bereich, wo es tatsächlich größeren Gestaltungsspielraum gibt. Unterschiedliche Prioritäten prallen da aufeinander, völlig klar, es wird heftig diskutiert. Der eine findet das ein bisschen wichtiger, der andere sagt, da gehört investiert. Die große Frage ist und bleibt, wer soll entscheiden, was hier zur Umsetzung gelangt? Diejenigen, die Gesamtverantwortung tragen und die demokratisch legitimierte Mehrheit hinter sich haben? Die Bürger in Form direktdemokratischer Mitbestimmung? Oder gar jene Gruppierungen, die bei den budgetären Grundbedürfnissen ihre Zustimmung verweigern, dann aber bei den außerordentlichen Investitionen mitreden wollen? Diese Frage kann jeder für sich selbst beantworten.

Zum Schluss meiner Budgetrede darf ich – einer lieb gewordenen Tradition folgend – noch ein kurzes Gedicht zum Besten geben:

Wir wissen nun, worum es geht
Und wie's um die Finanzen steht.
Das ganze Drehbuch ist geschrieben,
nun wird die Aufführung betrieben.

Darsteller, Technik und Monteur,
Kamera und Regisseur,
Sie kennen alle ihre Rollen,

Die sie ab Jänner spielen wollen.

Der Weg erscheint mir praktikabel,

So formulier ich's als Parabel.

Zudem sie alle - wie ich find -

Ja ganz famose Künstler sind.

Ganz egal wohin ich seh',

Hier sind nur Meister im Metier.

Nun müssen wir zusammenspielen,

Ein jeder einer unter vielen.

Vergeblich wäre unser Ringen,

Denn nur gemeinsam kann gelingen,

dass den Grazern auch gefällt,

was ihnen heute vorgestellt.

Doch wie naiv! Ja weh' mir! Wehe!

Während ich nach Eintracht flehe,

sagt mir manch zorniges Gesicht:

„Nein! Mir gefällt die Rolle nicht!“

Herzlichen Dank (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel - Bgm.-Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (11.15 Uhr).

GRⁱⁿ Ribo, Grüne: 11.15 – 11.35 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! Gleich vorab, meine Rede wird nicht so lustig sein wie die vom Kollegen Sippel. Ich bin ja eine GrünIn und nehme das Thema sehr ernst (*Allgem. Appl.*).

Schade, dass der Bürgermeister jetzt weg ist, weil ich werde ihn jetzt öfters erwähnen. Mit mehr als 300 Millionen Euro weisen wir das höchste in Graz dagewesene Sozialbudget aus. Es ist ein Budget der sozialen Wärme, haben wir heute schon öfters gehört, das den Schwächsten unserer Gesellschaft hilft. Mit diesen Worten präsentierte der Bürgermeister Nagl der Öffentlichkeit das Budget 2019. Eine fürwahr vollmundige Ankündigung, aber schauen wir einmal ein bisschen genauer dahinter, was hinter diesen großen Worten steckt.

Unter dem Titel „Soziale Wohlfahrt“ sind heuer rund 304 Millionen Euro im Budget ausgewiesen. Tatsächlich gibt die Stadt aus diesen Mitteln jedoch weniger als die Hälfte aus, schließlich, das wissen wir hier im Saal alle, finanziert auch das Land 60 % der Sozialausgaben. Vergleicht man das Sozialbudgets 2018 mit dem von 2019, ergibt sich eine Steigerung von 4,4 %. Vergleicht man aber die Gesamtausgaben der OG, also der Ordentlichen Gebarung, 2018 und 2019 kommen wir auf eine Steigerung von 5,3 %. Soweit zu den unspektakulären Zahlen des Bürgermeisters und zur „sozialen Wärme“. Ja, die Eckwerte, ja das kann auch jeder herauslesen, sind in den einzelnen Ressorts gestiegen. Ich meine auch im Bereich Soziales, stimmt auch, aber bei einer wachsenden Stadt ist es jetzt keine Sensation. Es ist eher so, dass wir das erste Mal heuer also bzw. für 2019 eine runde Zahl überschreiten, also diese 300 Millionen, die groß angekündigt wurden und mehr steckt auch nicht dahinter, das muss man auch ganz klar sagen (*Appl.*). Dass der Bürgermeister eben ein exzellenter Verkäufer ist und ein großer Ankünder, darauf komme ich halt später, das wissen wir jetzt aber nicht erst seit der Präsentation des Budgets 2019.

Noch ein Blick in die Detailzahlen vom Budget Soziale Wohlfahrt: Die zeigen uns, da würde ich die FPÖ bitten, genauer hinzuhören, die Mittel für die bedarfsorientierte Mindestsicherung 2019 sinken deutlich, das heißt 2018 haben wir da 49 Millionen

budgetiert und 2019 sind es nur 41 Millionen. Die Gründe dafür, dass erfreulicherweise wirklich jetzt weniger Menschen auf die Mindestsicherung angewiesen sind, sind aus der guten Konjunktur abzuleiten. Es ist wirklich so, dass wir eine Hochkonjunktur, sagen wir so, haben, dass da eben auch der Arbeitsmarkt davon profitiert, ist ganz klar. Was mir ganz wichtig ist, dass ich noch erwähne, dass nicht alle Personen gleich von dieser Entwicklung profitieren, z. Bsp. ältere Personen oder Menschen mit Migrationshintergrund haben es da doch etwas schwieriger. Mindestsicherung ist ja auch das Dauerthema von Schwarz-Blau sowohl auf Bundesebene als auch hier auf Stadtebene. Doch wenn Schwarz - Blau in ihren öffentlichen Auftritten von Mindestsicherung spricht, da ist wenig von sozialer Wärme spürbar, da geht es eher um den Missbrauch. Ohne wirklich seriöse Daten oder Fakten zu haben, wird permanent so getan, als ob in diesem großen Bereich Mindestsicherung und Armutsbekämpfung der Missbrauch das größte Problem wäre. Entsprechend dazu habt ihr ja auch Maßnahmen in der Stadtpolitik gesetzt, ich sage nur Erhebungsdienst. Die staunende Öffentlichkeit darf dann erfahren, dass ganze fünf Fälle seit Anfang September vom Sozialamt zur Überprüfung an den Erhebungsdienst weitergeleitet wurden. Das sieht ja wirklich nach massiven Missständen aus (*Allgem. Appl.*). Die Missbrauchsdebatte begleitete sowieso auch die SozialCard-Reform, die eben Schwarz-Blau sich an die Fahnen heftet, bis jetzt war das ja so, bis zu Schwarz-Blau hat man das einfach automatisch überwiesen bekommen. Ihr wolltet ja wirklich die Hilfe treffsicher machen. Als, ob eine 50-€-Hilfe, die an Haushalte geht, die von Notstandshilfe oder Mindestsicherung leben, als ob diese Hilfe ihr Ziel verfehlen könnte. Also das sind eure Sorgen (*Appl.*)? Ich meine, da geht es um Menschen, die wirklich jeden Monat schauen müssen, wie sie über die Runden kommen. Und ihr habt da Angst, dass diese 50 € nicht richtig ankommen? Also das ist wirklich sehr traurig. Weiter zur SozialCard, da habt ihr euch dann wieder was einfallen lassen, und zwar hat man jetzt neu beschlossen die Umstellung auf die Gutscheine, weil wieder, nächster Generalverdacht, die Leute könnten ja eventuell wieder € 50,-- für Glücksspiel, Zigaretten oder Alkohol ausgeben. Ich meine, das ist ja auch das Bild, das ihr uns da

zeigt. So ein Bild habt ihr ja von den Menschen und vor allem kommt das eher so rüber, wenn man arm ist oder Armen darf man generell nicht trauen ...

Vorsitzwechsel – StR. Mag. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (11.20 Uhr).

Zwischenruf GR Pogner: Es passiert doch vor der Tür!

Ribo:

... das ist wirklich, wirklich sehr bedenklich.

Die Systemumstellung, die dann passiert ist, also die ist mit sehr viel Bürokratie verbunden, mit ganz viel Verwaltungsaufwand, also ich habe es nachgerechnet, also jeder bekommt ja die Gutscheine eingeschrieben zugestellt, also das nehmt ihr alles in Kauf, Hauptsache die politische Botschaft kommt richtig an (*Allgem. Appl.*).

Zwischenruf GR Pogner: Wichtig ist, dass die Gutscheine ankommen.

Ribo:

Und das wirkliche Drama ist auch die Stimmung, die ihr damit verbreitet, aber das Drama für mich ist wirklich, dass ihr das mit Absicht macht. Also die Stimmung von diesem Missbrauch.

Zwischenruf GR Pogner: Wir denken uns etwas dabei.

Ribo:

... die Leute nutzen unser Sozialsystem aus, jeder, der irgendwie auf Sozialleistungen angewiesen ist, der hängt ja eh, also diese soziale Hängematte, ich meine damit, ihr wisst schon und das ist das Bedenkliche, finde ich. Ihr wisst, dass eine Gesellschaft auf Solidarität und Zusammenhalt aufbaut. Das ist das Wichtigste.

*Zwischenruf GR **Rajakovics**: Genau das machen wir.*

Ribo:

Und ihr sät wirklich Neid und Missgunst und das mit Absicht (*Allgem. Appl.*). Und das finde ich sehr, sehr traurig (*Allgem. Appl.*). Und dazu passt genau auch ins Bild, das hat, glaube ich, der Kollege von der KPÖ auch noch gesagt, die strikten und die neuen Zugangsregelungen bei den Gemeindewohnungen, da habt ihr die anerkannten Flüchtlinge einfach auf die Seite geschoben. Das passt genau in dieses Bild rein. Worüber sollten wir aber wirklich reden, wenn wir von Mindestsicherung oder von Armut sprechen oder von Sozialbudgets? Wir sollten uns beispielsweise Gedanken darüber machen, was könnten wir besser machen, wie können wir es schaffen, diesen Menschen nachhaltig und längerfristig aus der Armut zu helfen? Da gibt es genug Möglichkeiten. Wir sollten Initiativen setzen, damit die Armut nicht weitervererbt wird, wir sollten den Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien also die gleiche Chance geben auf Schulbildung, auf Berufsausbildung. Wie schlecht wir hier im Europavergleich liegen, das wissen wir alle und das wären Investitionen, die für mich ganz hoch auf die Prioritätenliste gehören (*Appl.*).

Wir Grüne haben heuer gleich zwei Anträge zum Thema eingebracht. Wir haben z. Bsp. beantragt, dass es für Kinder in Graz kostenlose Nachhilfe geben gibt oder geben soll.

*Zwischenruf GR **Rajakovics**: Wir schauen, dass die Schulen besser sind.*

Ribo:

Dass es eine Bildungsberatung und -unterstützung für die Kinder von MindestsicherungsbezieherInnen geben soll. Für beide Themen gibt es Modelle in anderen Städten, die erfolgreich sind. Und da wäre es z. Bsp. möglich gewesen, dass die ÖVP soziale Wärme zeigt, aber was habt ihr gemacht? Ihr habt dagegen gestimmt, wie immer. Ihr seid die Nein-Sager, njet will ich nicht sagen, aber die Nein-Sager (*Allgem. Appl.*).

Ja und ich komme auch zu den Brennpunktschulen. Eine wichtige und sinnvolle Investition wäre es auch, bei den Brennpunktschulen anzusetzen und ich weiß, jetzt kommt jetzt, für die Brennschulen oder für die Schulen ist allgemein Bund und Land zuständig, das weiß ich auch, ist ja kein Thema. Aber ich glaube, niemand würde die Stadt daran hindern, wenn wir Geld in die Hand nehmen und dort mehr in Schulsozialarbeit investieren, mehr Sprachkurse, mehr als es jetzt schon gibt.

Zwischenruf GR Rajakovics: Das wäre eine Riesenchance gewesen.

Ribo:

Also ich glaube nicht, dass uns irgendwer daran hindern könnte. Stellt euch vor, was da in diesen Bereich mit 40 Millionen Euro möglich wäre? Stellt euch das nur einmal vor. (*Allgem. Appl.*)

Und da hier komme ich auch zu der Hauptfrage vom Budgetinvestitionen. Der Kollege Riegler hat das ja heute schon kurz präsentiert. Ich weiß, also am Anfang haben wir, glaube ich, bei der letzten Budgetrede habe ich kritisiert, dass ich nicht genau weiß, wohin ihr wollt mit eurer Blackbox, jetzt Investitionsfonds 1 und 2. Mittlerweile macht es mir eher Angst, dass ich genau weiß, wo euer Kurs hinsteuert. Also das ist ganz klar, ein Prestigeprojekt jagt das nächste, die Projekte von Bürgermeister Sigfried Nagl, wie gesagt, ich wiederhole noch einmal, schade, dass er nicht da ist, sind immer größer, immer spektakulärer. Die werden mit immer mehr Aufwand präsentiert, z. Bsp. dass

die Plabutschgondel jetzt 12 Mio. € kostet, wen interessiert das? Ich meine, was kostet die Welt, wenn man sich selbst ein Denkmal setzen will? (*Allgem. Appl.*).

Zwischenruf GR **Rajakovics** *unverständlich.*

Ribo:

Thomas, du kannst als nächster Sportabteilungsleiter vielleicht wieder das Thema an dich reißen, weiß ich nicht, aber jetzt bin mal am Wort (*Appl.*).

Genau, und heute haben wir wieder dieses tolle Projekt, wissen wir eh alle, Plabutschgondel auf der Tagesordnung. Irgendwie fragt man sich wirklich, zuerst die Murgondel. Ich meine, der Bürgermeister will einfach eine Gondel haben, das ist so. Wenn nicht die Murgondel, dann eben die Plabutschgondel, irgendeine Gondel muss es sein.

*Zwischenruf GR **Rajakovics**: Die Murgondel kommt schon noch.*

Ribo:

Auch die Augartenabsenkung, also Augarten und Plabutsch sind zwei Projekte, die massiven Widerstand von der Bevölkerung zeigen.

Laute Zwischenrufe aus dem Gemeinderatssaal.

Ribo:

Und das ist euch wurscht, das ist euch wurscht, an euren Reaktionen (*Appl.*) merke ich auch, wie sehr euch das nahegeht. Machbarkeitsstudie wollt ihr nicht herzeigen, obwohl sie mit Steuergeld bezahlt wurde.

Zwischenruf GR Pogner: Die Fünf, die dagegen protestieren, protestieren massiv.

Ribo:

Also das sind Investitionen, die Herr Bürgermeister eben uns vor Augen führt, Investitionen, große Projekte, die man mit den Augen sieht. Uns geht es eher darum, dass es auch anders gehen kann. Wir können Geld in die Hand nehmen für Projekte, die den Menschen nachhaltig helfen, die die Menschen, wie schon gesagt, aus der Armut herausholen. Wir könnten den Kindern bessere Bildungschancen geben, wir können den Menschen neue Perspektiven zeigen, ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und natürlich auch im Bereich Umwelt und Klima einiges machen. Aber das steht auf eurer Prioritätenliste ganz, ganz weit unten (*Appl.*).

Wir haben es heute auch schon gehört, wir haben eine super Konjunkturentwicklung, die lässt Investitionen zu, ja, wir haben eben steigende Einnahmen, dann die Ertragsanteile steigen, die Zinsen sind so niedrig wie noch nie. Was hält uns davon ab, wirklich etwas anderes zu sein und einen anderen Weg einzuschlagen. Das Geld wäre da.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Ribo:

Wir müssen uns nicht an der Bundesregierung orientieren. Wir können auch einen anderen Weg einschlagen.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

*Zwischenruf GR **Egger**: Ihr seid's in der Sackgasse.*

Ribo:

Prioritätensetzung bei Investitionen heißt für uns auch, Geld für die Daseinsvorsorge in die Hand zu nehmen. Wo wir hier die Defizite, die Notwendigkeiten und den Ausbaubedarf sehen, darauf wird dann mein Kollege Herr Klubobmann Dreisiebner noch genauer eingehen. Was uns in diesem Budget als Grüne besonders fehlt, und darf ich hier heute leider für die erkrankte Umweltstadträtin Wirnsberger sprechen, ist ein klares in Zahlen messbares Bekenntnis zum Klimaschutz.

Die Folgen des Klimawandels sind ja schon längst da, die sind schon längst vor unserer Tür. Also wir leben ja alle in Graz und wir wissen ja alle, wie die letzten Sommer waren, also von Tropennächten, dann Böenstürme haben wir gehabt, dann Hitzetage waren wirklich ein großes Thema und das sind alles dramatische Ereignisse, die uns die Natur wirklich vor die Augen geführt hat. Und jetzt heißt es wirklich, dass wir - und da meine ich wir alle hier - zusammen alle Hebel wirklich in Bewegung setzen müssen, damit der kürzlich von der Umweltstadträtin vorgelegten Aktionsplan auch umgesetzt wird, weil wir haben das ja auf dem Papier einstimmig beschlossen, aber wir wissen auch, dass das Papier sehr geduldig sein kann, wenn da den Worten keine Taten folgen, dann ist es ja auch ein Zeichen in die Richtung (*Appl.*).

Es würde bedeuten, in allen Ressorts dafür sichtbare budgetäre Vorsorge zu treffen. Dass wir endlich, endlich eine positive Grünraumbilanz haben. Wir dürfen uns nicht mit Stagnation und wenig Grünraum zufrieden geben, dass wir Geld in die Hand nehmen, asphaltierte Flächen wieder atmungsaktiv zu machen. Dass wir Geld in die Hand nehmen, um Bezirken wie Lend, Gries und Jakomini, dass man den Menschen dort wieder Lebensqualität hergibt, dazu braucht es eine gute Stadtentwicklung, eine kluge Stadtentwicklung, eine Ausstattung mit Grünflächen, Bäumen und natürlicher Beschattung, aber in diesem Budget, ich habe lange gesucht, habe ich diese Vorsorge leider nicht gefunden (*Appl.*).

Ich habe noch ein bisschen Zeit und habe noch einiges zu sagen. So weiter: Prioritätensetzung habe ich schon gesagt. Was dazu noch kommt, ist dieser öffentliche mediale Auftritt. Also wie die Projekte allgemein präsentiert werden. Also da könnte man sich z. Bsp. gleich fünf neue Dienstposten in der Kommunikationsabteilung, das bedeutet eine Verdoppelung des Budgets, aber das ist egal, weil man muss ja öffentlich wirklich gut auftreten, das ist ja im Moment einer der wichtigsten Faktoren bei euch. Damit nicht genug, also die Homepage der Stadt Graz reicht ja nicht aus, es muss noch eine „Koalitionswebsite“ her, weil die Superherren müssen sich wirklich super vorstellen (*Appl.*) und bei diesen ganzen Ereignissen ist schon, was sich wirklich sehr gut durchsetzt, ist eine Art Selbstbedienungsladen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird aufgebläht, ja, die Standards werden gelockert - Stichwort Kopfverbot - auch die Objektivierungsrichtlinien haben wir alles hier gemacht. Ihr habt euch sehr gut zurechtgelegt, damit wirklich auch die Postenbesetzung gut über die Bühne laufen. Ihr habt da natürlich eine Unterstützung von euren Freunden hier in Blau, gar keine Frage. Ich zitiere jetzt einen blauen Landesrat, der das sehr treffend formuliert hat: „Es gibt ein demokratisches Recht aufs Umfärben“. Ja, Manuela, du lachst. Aber so sieht die FPÖ das (*lacht*).

Ja, was bleibt noch zum Budget zu sagen? Transparenz, das muss man wieder kritisieren. Wie viele Grazerinnen und Grazer habe ich mir auch gedacht, wie das Budget online gestellt wurde, ist schau mal nach, ob die Klubförderung erhöht wurde oder nicht. Habe lange gesucht, lange habe ich gesucht, bis ich das irgendwann einmal

gefunden habe, das heißt mit Transparenz ist da nicht oberste Priorität. Früher hat es z. Bsp. zum Budget noch eine Subventionsliste mit Auflistungen der Parteien, der Klubs und der Förderbeträge gegeben. Jetzt habt ihr das weggetan. Ich weiß nicht, wie ihr das argumentieren wollt. Wahrscheinlich mit Datenschutz? Weiß ich nicht, kann mir alles vorstellen. Ich meine, bei der Transparenzdatenbank auf Bundesebene habt ihr große Worte geschlagen und wenn es um eure eigenen Gelder geht, da seid's ganz ruhig. Budget allgemein 2019 steigende Eckwerte in den einzelnen Ressorts, daran ist auch nichts auszusetzen. Immerhin haben wir, wie gesagt, eine wachsende Stadt. Die Aufgaben der Stadt wachsen ja auch mit, Steigerungen von 5 %, die man eben 2019 haben. Ob das wirklich für die nächsten Jahre auch der Fall sein wird, das wage ich zu bezweifeln, uns fehlen einfach die wesentlichen Investitionen. Wir sind mit dem Budget nicht wirklich warm geworden, deswegen von uns ganz klar kein ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Ribo:

... keine Zustimmung. Ich möchte mich trotzdem beim Team der Finanzdirektion, beim Herrn Dr. Kamper, beim Michi Kicker bedanken für die tolle Zusammenarbeit und allgemein für die gute Arbeit, auch beim Stadtrechnungshof und seinem Team möchte ich mich hier bedanken. Jetzt haben alle irgendwie mit einem Zitat das beendet. Ich habe keines, ich weiß nicht, ich könnte einen Tanz vorführen oder sowas (*Lachen im GR-Saal*). Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer, SPÖ: 11.35 – 11.55 Uhr

Sehr geehrte Stadträte, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, werte Zuhörer und ZuhörerInnen auf der Tribüne.

Wir haben heute hier das zweite Budget dieser knapp zwei Jahre alten schwarz-blauen Stadtregierung vorliegen. Und ein Budget ist bekanntlich Grundlage und zugleich auch Visitenkarte für die politische Arbeit einer Regierung, es zeigt Prioritäten und es zeigt künftige Vorhaben. Wie sehen diese nun aus?

Will man die Qualität beurteilen, so ist es notwendig, Maßstäbe anzulegen, und als einen wesentlichen Maßstab möchte ich, möchten wir, gleich wie viele Bürger und Bürgerinnen sicher das Thema Nachhaltigkeit der Projekte anlegen. Welche Projekte sind budgetiert, die die Zukunft dieser Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig sichern und auch verbessern? Werden die Verkehrsprobleme gelöst? Werden Probleme im sozialen Zusammenleben gelöst? Wird die Luftqualität besser? Bekommt jede Grazerin und jeder Grazer in wenigen Gehminuten eine Grünfläche zur Naherholung? Schaffen wir für jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft und seinem Elternhaus, die gleichen Chancen?

Und die Antwort? Liegt zum Gutteil wieder in einer „Blackbox“, obwohl sie diesmal nicht so genannt wird, die mit 300 Millionen Euro gut gefüllt ist, die aber neben bereits beschlossenen Projekten wie im Verkehrsbereich, den Schulbauten, Smart-City-Infrastruktur vor allem nicht mehr und nicht weniger als Prestigeprojekte enthält, Beispiel: Plabutschgondel. Wir werden heute noch oft darüber debattieren, oder Augartenbucht. Weitere oft kolportierte Seifenblasen dieser Regierung wie Bienenstockgarage, die Murgondel oder Olympia sind glücklicherweise nicht mehr dabei in dieser Blackbox. Nach vielen Protesten, nicht zuletzt der Bürger und Bürgerinnen, wurden diese Gott sei Dank fallen gelassen, weitere Projekte liegen im Dunkeln.

Die beste Investition in die Zukunft und die nachhaltigste, wahrscheinlich überhaupt, ist natürlich jede Investition in die Bildung. Und hier wird erfreulicherweise, und der Herr Stadtrat ist ja auch anwesend, dankenswerterweise vieles unternommen und in der

letzten Periode, wie auch in dieser Periode, in weitgehendem Konsens im Gemeinderat wird an der Verbesserung der Schulgebäude gearbeitet. Es benötigt mehr Schulraum, weil einfach mehr Kinder da sind, es benötigt aber auch eindeutig räumliche Verbesserungen, vor allem, wenn man auch an die Nachmittagsbetreuung denkt. Und hier ziehen erfreulicherweise auch wirklich alle Parteien gut an einem Strang und auch im nächsten Budget ist erfreulicherweise dafür Vorsorge getroffen. Allerdings gehen aus unserer Sicht die Bemühungen in diesem Bereich nicht weit genug, denn abgesehen von den Gebäuden warten doch wohl noch viele andere Herausforderungen im Grazer Schulwesen, die keineswegs offensiv genug angegangen werden.

Es ist eine Tatsache, dass es stark unterschiedliche Voraussetzungen in unseren Grazer Schulen gibt. Es gibt Schulen mit vielen Kindern aus Familien mit schwächeren sozioökonomischen Voraussetzungen und sie sind in ihrer Bildungskarriere ganz eindeutig im Nachteil. Es gibt auch Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern, die nicht Deutsch sprechen, auch die sind im Nachteil. Diese Kinder haben schlechtere Chancen, schlechtere Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss, schlechtere Chancen auf einen guten Arbeitsplatz und schlechtere Chancen in ihrem sozialen Aufstieg und das ist nicht fair. Denn Kinder, egal, woher sie kommen, haben immer dieselben Chancen verdient (*Appl.*). Auf Bundesebene wird dazu leider derzeit sicher viel zu wenig gemacht und hier werden nicht nur, wenn im großen Stil, Mittel zur Integration gestrichen, sondern mit der Einrichtung der Deutschförderklassen, ich glaube, dass viele hier unter der Hand auch der Regierungsparteien mir innerlich zumindest zustimmen werden, dass, sagen wir einmal, es nicht der ganz große Wurf ist, mit dem wir Probleme lösen können. Wir haben hier an dieser Stelle auch schon öfters darüber debattiert. Dass die Stadt nicht unmittelbar für alles zuständig ist, wird auch immer wieder gesagt und stimmt natürlich auch. Wenn man allerdings sieht, dass die Kinder in unserer Stadt bei weitem nicht die gleichen Chancen haben, dann ist die Stadt, trotz nicht vollständiger Zuständigkeit, ganz sicher dazu aufgefordert, hier Mittel zu ergreifen und zwar alle ihre möglichen Mittel zu ergreifen, um diese Ungerechtigkeiten auszugleichen...

StR Hohensinner unverständlich.

Marak-Fischer:

Das Bekenntnis, sehr geehrter Herr Stadtrat, ist sicher da, und ich glaube auch und ich nehme es dir auch absolut ab, hier ein ernstes Bemühen und ein ernstes Wollen da ist. Im Budget allerdings bildet sich das nicht so ab, wie wir uns das wünschen würden. Wir finden hier z. Bsp. keine zusätzlichen Mittel für administrative Unterstützungskräfte, um die LehrerInnen zu entlasten, speziell in Schulen, wo es ein bisschen schwieriger ist. Damit die Lehrerinnen endlich und die Lehrer natürlich genauso, mehr Zeit haben, weniger Administration, mehr Zeit haben, um mit den Kindern zu arbeiten. Wir finden in diesem Budget auch nichts, was auf eine massive Aufstockung der schulautonomen Mittel hinweisen würde. Auch hier an dieser Stelle haben wir schon einmal den Antrag gestellt, dass die schulautonomen Mittel nicht im Gießkannenprinzip verteilt werden sollen ...

StR Hohensinner unverständlich.

Marak-Fischer:

...sondern, dass Schulen, die es aus unterschiedlichen Gründen ein wenig schwerer haben, natürlich mehr Mittel brauchen und auch diese Dinge sind viel zuwenig abgebildet im derzeit vorliegenden Budget (*Appl*). Denn Schulen mit Eltern mit schwächerem finanziellen Hintergrund haben meistens keinen Elternverein, der z. Bsp. Förderkurse, Native-Speaker, Französischkurs, i-Pads, zusätzliche Sportangebote usw. finanzieren kann und hier bräuchte es wirklich eine massive Aufstockung. Nur so könnte man tatsächlich Probleme lösen. Und das was in der Realität passiert und was wir auch aus vielen Schulen hören, ist, dass die schulautonomen Mittel teilweise für die Bezahlung und jetzt, Achtung, für die Bezahlung von WC-Papier und Seife verwendet

werden müssen. Also von der ursprünglichen Erleichterung und Verbesserung der Qualität im Pädagogischen ist überhaupt keine Rede mehr. Die Schulen strampeln sich ab, um die absoluten Notwendigkeiten bezahlen zu müssen. Der finanzielle Spielraum ist eindeutig zuwenig und hier sehe ich keine ernsthaften sich in Zahlen ausdrückenden Bemühungen in diesem Budget (*Allgem. Appl.*).

Das, liebe Stadtregerung, das wäre nachhaltige Sozialpolitik. Denn Investition in die Bildung, Ausgleich von unterschiedlichen Chancen, das ist auch nachhaltige Sozialpolitik, das wäre - wie vom Bürgermeister schwärmerisch angekündigt – das wärmste Budget der Zweiten Republik.

Viele Menschen in unserer Stadt warten aber auch seit Jahren auf die versprochene Grünraumoffensive. Die Menschen in Graz hätten es sich verdient aus unserer Sicht, innerhalb von fünf Minuten von jeder Stelle in dieser Stadt zu einer Grünfläche zu gelangen. Ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Hunden, aber auch jeder von uns, ich glaube, jeder einzelne Bürger, jede einzelne Bürgerin empfindet das als Lebensqualität, als Wohnqualität, innerhalb kürzester Zeit auch eine Grünfläche zu haben, um dort zu verweilen, um Muße zu haben, um Energie wieder aufzutanken zu können. Das wäre Lebensqualität. Und was ist nun angekündigt und was ist im Investitionspaket drinnen? Eine Gondel auf den Plabutsch. Ich frage mich, was haben die Menschen davon in Gries, in Lend, in Jakomini, in Puntigam und in vielen anderen Bezirken, wo es zuwenig Grünraum gibt? Was haben die von einer Gondel? Die werden nicht jeden Tag auf den Plabutsch fahren. Die Menschen wollen jeden Tag Zugang zu Grünraum haben. Sie wollen jeden Tag die Möglichkeit haben, sich zu erholen. Sie wollen nicht einmal in der Woche, vielleicht mit der Gondel, auf den Plabutsch fahren und noch dazu von vielen Gegenden in Graz natürlich so leicht erreichbar ist (*Allgem. Appl.*).

Im Wochentakt erreichen uns Meldungen aus vielen Bezirken von Graz, dass wieder eine neue freie Fläche verbaut worden ist, dass ein kleines Häuschen abgerissen und durch einen mehrgeschossigen Wohnbau ersetzt wurde, dass jede nicht denkmalgeschützte Villa in Graz abgerissen wird und einer versiegelten Fläche und einem Betonbau weichen muss. Und nicht nur ich, sondern vor allem viele besorgte Bürgerinnen und Bürger, ja

ganze Bürgerinitiativen, die sich erfreulicherweise ja auch zu diesem Thema gebildet haben, fragen sich, wie ernst ist es denn dem Bürgermeister, der sich das Thema jetzt leider nicht anhört, und der gesamten Stadtkoalition tatsächlich mit der Grünraumoffensive? Noch dazu, wenn man lesen muss, dass Mittel aus der Grünraumoffensive nun in die Gondel fließen sollen, frage ich mich tatsächlich, Herr Bürgermeister, Sie hören es wahrscheinlich über Lautsprecher, wie ernst ist es Ihnen mit dieser Grünraumoffensive (*Allgem. Appl.*)?

Die Taten nämlich und nicht die Worte, die werden es sein und die sprechen aus dem derzeit vorliegenden Budget und die sprechen eine andere Sprach. Aber, Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierung, an diesen Tagen werden Sie schlussendlich auch gemessen werden und in ein paar Jahren, wenn die Bürger und Bürgerinnen wieder zur Wahl aufgefordert sind, dann werden sie Sie sich auch ganz sicher an den Grad der Verbauung und am Grad der Versiegelung unserer Stadt und an der Hitze, die dadurch entstehen wird, messen (*Appl.*). Herr Bürgermeister hat in einem der letzten Interviews schwärmerisch gesagt, er freut sich beim Anblick jedes Kranes, den er in der Stadt sieht. Die Menschen in unserer Stadt freuen sich leider mittlerweile nicht mehr über den Anblick eines jeden Krans. Denn Kräne stehen vielfach für die völlige Verbauung und Versiegelung und die gehen nun einmal einfach damit einher. Die Stadt wächst, das ist klar, aber die Frage ist wie schnell soll sie wachsen und soll sie wirklich mit diesen Folgen und in der Form wachsen? Denn klar ist, die Stadt wird dichter, enger, im Sommer erhitzt sie sich weiter, die Wohnqualität sinkt und viele, die es sich leisten können, ziehen jetzt schon in den Speckgürtel rund um Graz, das kann ja wohl nicht unser Ziel des Ganzen sein (*Allgem. Appl.*).

Nun würde der Herr Bürgermeister, wenn er dasitzen würde, einwenden, dass wir den Neubau von Wohnraum brauchen, die Wohnungspreise steigen, wir brauchen mehr Wohnungen, das ist schon richtig, doch ich frage mich: Warum stehen dann so viele Wohnungen, vor allem auch neu gebaute Wohnungen, leer? Warum hat sich bislang noch immer niemand über eine Erhebung des Leerstandes, wie von der Sozialdemokratie seit Jahren bereits mehrfach beantragt und jedes Mal abgeschmettert ist, getraut, warum sieht niemand genauer hin und wagt es, den Leerstand dann

schlussendlich auch stärker zu mobilisieren und auf den Markt zu bringen? Initiativen wurden stets zurückgewiesen und offenbar will man die Wahrheit in diesem Fall nicht so genau wissen. Denn damit würde klarer und transparenter werden, dass die Preise teilweise wohl auch von einigen spekulativ hochgehalten werden und viele Familien, gerade die im mittelständischen Bereich, haben schlichtweg nichts von den Neubauten, die derzeit entstehen. Viele können sich diese Preise nicht leisten und wenn man sich die Annoncen anschaut, wie oft dann auch bewusst Anlegerwohnungen angepriesen werden, dann kann ich nur sagen, natürlich, Herr Bürgermeister, freuen sich manche über die Kräne, natürlich profitieren manche von diesem Bauboom. Ich möchte aber behaupten, es sind nicht die Familien und es sind nicht die Menschen, die sich in Graz dauerhaft niederlassen wollen, die sich über diese Kräne freuen (*Allgem. Appl.*).

Leistbarer Wohnraum ist Voraussetzung dafür, dass junge Menschen in Ausbildung, dass Familien in Graz bleiben. Wir haben in Graz summa summarum knappe 11.000 Gemeindewohnungen und Wohnungen im Übertragungsbau, das ist einfach zu wenig, um hier ernsthaft an einer Schraube zu drehen. Ein Vergleich: Wiener Wohnen hat 220.000 Wohnungen, und würde man das jetzt auf die Größe von Graz umlegen, wären es 36.000 Wohnungen, damit mehr als das 3-fache von dem, was wir heute anbieten können. Auch der Herr Vizebürgermeister, den ich jetzt gerne direkt ansprechen würde, ist derzeit leider nicht im Raum. Man sieht auch hier, glaube ich, ein wenig die Kultur, wie weit man sich die Argumente der Opposition anhört oder wie weit man das auch vermeidet (*Allgem. Appl.*).

Unverständliche Zwischenrufe.

Marak-Fischer:

Mit den 14,8 Millionen Euro, die erfreulicherweise zwar vorgesehen sind, wird man allerdings diesen Gap zwischen der Realität und dem benötigten Wohnbau sicherlich nicht schließen können. Der nicht anwesende Wohnstadtrat Eustacchio hat letztens

freudigst in Hochglanzform darauf hingewiesen, dass die Wartelisten kürzer geworden sind, das ist richtig. Allerdings, wir wissen alle, warum sie kürzer geworden sind. Nicht, weil so viel gebaut wurde, sondern weil die Anspruchskriterien ganz einfach verschärft wurden und viele Menschen keinen Anspruch mehr auf eine Sozialwohnung haben.

Zwischenruf GR Lohr: Hauptsächlich Nicht-Österreicher.

Marak-Fischer:

Damit löst man natürlich einerseits das populistische Argument, das gerade zwischengerufen wurde. Andererseits löst man allerdings ganz sicher nicht das Problem, dass viele Menschen sich das Wohnen in Graz nicht leisten können. Denn mit der Veränderung der Anspruchskriterien wird keine Familie mehr eine Wohnung bekommen als ohne die Verschärfung der Anspruchskriterien (*Appl*). Und das Tüpfelchen auf dem i ist dabei sicher die Imagekampagne, die damit einhergeht, die viele 1000 Euro verschlingt und die in erster Linie jawohl in Blau gehalten auch dem Stadtrat nützt und der jetzt erfreulicherweise eingetroffen ist am Ende meiner Rede noch und ihm dann sicher hilft und das Image aufmöbelt, allerdings kaum mehr Menschen wohnversorgen kann. Ein weiteres Thema ist natürlich der Verkehr. Seit Jahren wird über den Ausbau der diversen Straßenbahnlinien, die dringend notwendig sind, debattiert. Schon lange ist bekannt, was es braucht. Ein neuer Stadtteil wächst und dennoch hat es Jahre gedauert, bis man nun auch dank der Zusage von Landesseite, muss man dazu sagen, Konkretes verwirklichen kann und doch spottet, und ich glaube, das wird auch heute immer wieder erwähnt werden, es jeder Beschreibung, wie das Thema Verkehr in Graz behandelt wird. Es wird wie eine heiße Kartoffel zwischen den einzelnen Parteien hin und her geschubst und wandert von ÖVP zur FPÖ, nun zur KPÖ und nicht in dem gemeinsamen Bemühen hier wirklich Großes zustande zu bringen, sondern eher wie eine heiße Kartoffel, die hin und her geschoben wird. Denn die großen Probleme, die schon seit langem auf dem Tisch liegen, wie die Veränderung des Modal Split, der

dringend nötig wäre und den sich diese Stadt, dieser Gemeinderat, dieser Bürgermeister, sogar die Region seit Jahren vornimmt, wird durch welche Maßnahmen jetzt konkret verändert? Ja, ich gebe zu, natürlich der Ausbau der Straßenbahnen ist sicher hier nützlich, aber wo ist die Fahrradoffensive, wo sind die großen Radwege, die budgetiert sind? Nicht mehr als vorher. Das heißt, hier fehlt mir wirklich der große Wurf und die tiefgreifenden Maßnahmen, die die Stadt hier voranbringen würden. Und mit Verlaub gesagt, als Fußnote, kostenlose öffentliche Verkehrsmittel wären schön, jetzt darüber zu sinnieren, halte ich aber für einen völlig verfrühten Zeitpunkt, denn ich glaube, wir brauchen das Geld dringend, um die Qualität voranzubringen, um den öffentlichen Verkehr auszubauen, die Taktung zu verdichten usw. Und ich glaube, die Menschen sind sehr wohl bereit, für Mobilität auch etwas auszugeben. Natürlich muss es Menschen geben, und da gibt es Gott sei Dank die SozialCard, die davon ausgenommen sind und die zu sehr günstigen Bedingungen den ÖV nutzen können. Aber die Menschen sind schon bereit, für die Fahrkarte zu bezahlen. Sie erwarten sich dafür aber auch ein entsprechendes Angebot und ich glaube, jetzt müssen wir in erster Linie mit allen Anstrengungen dafür sorgen, dass das Angebot stimmt, die Taktung besser wird, die Menschen viel, viel lieber mit den Öffis fahren und natürlich in der besten aller Welten sollten sie das dann auch möglichst günstig oder kostenlos tun.

Für bemerkenswert halte ich in diesem Zusammenhang, so als Fußnote übrigens auch, dass die budgetierten Mittel für die Graz Linien reduziert wurden. Was bedeutet das? Die Möglichkeiten liegen auf der Hand: Wird im Angebot gespart, werden die Tarife erhöht, sollen Rücklagen aufgelöst werden? Andernfalls wäre der Ansatz nämlich einfach zu niedrig budgetiert und man möchte vielleicht die höheren Kosten dann doch zu einem späteren Zeitpunkt nachholen, dann wäre die Transparenz allerdings sehr zu hinterfragen (*Allgem. Appl.*).

Graz hat also ohne Zweifel riesige Herausforderungen und in diesem Haus wurden auch schon viele gute Strategien beschlossen. Vielen Dank. Gerade im Bereich der Umwelt, auch dem Umweltamt hier natürlich. Es gibt einen tollen Maßnahmenplan zur Reduzierung von Feinstaub, den Maßnahmenplan zur Klimawandelanpassung, Wärmeversorgung, Energie usw. Was allerdings dann sehr oft fehlt, ist, dass es über alle

Ressorts hinweg tatsächlich auch zur Umsetzung dieser Maßnahmen kommt und hier wäre der Herr Bürgermeister, ich spreche ihn jetzt trotzdem in Abwesenheit noch einmal an. Sehr gefragt in seiner Koordinierungsfunktion, dass diese Maßnahmen dann tatsächlich auch von allen Ressorts umgesetzt werden. Auch hier sehe ich nicht unbedingt die nötigen Projekte bzw. sind sie vielleicht in der Blackbox einfach noch nicht transparent genug.

Eines wird klar sein, wir werden im Umweltbereich eine Riesenkraftanstrengung brauchen, um überhaupt irgendwie hier voranzukommen. Und wenn gesagt wird, dass das Budget das sozial wärmste seit Jahren ist, dann behaupte ich, es wird kälter und zwar wird es in jedem Jahr kälter in dieser Stadt! Und wie passiert das? Auf subtile Weise wird immer stärker in der Öffentlichkeit der Eindruck bewirkt, dass arme Menschen, Bezieher von Mindestsicherung, Geflüchtete, Menschen und alle Menschen, die nicht unbedingt dem Ideal der kapitalistischen Leistungsgesellschaft entsprechen, etwas selbst falsch gemacht hätten (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel –Bgm. Stv. Mag. Eustacchio übernimmt den Vorsitz (11.53 Uhr).

Zwischenruf Bgm.-Stv. Eustacchio: Bitte auf die Redezeit achten.

Marak-Fischer:

Meine Vorrednerin hat es auch ausgeführt, wenn man von stärkeren Kontrollen, wenn man von Gutscheinen etc. ausgeht, geht man immer davon aus, dass diese Menschen vielleicht selbst etwas falsch gemacht haben. Und das ist aus meiner Sicht ein Gift, das in kleinen Dosen, aber permanent, seit Jahren geträufelt wird, und das unser Klima insgesamt bei weitem giftiger macht, als es sein sollte.

Denn ich bin überzeugt davon, dass wir Österreicherinnen und Österreicher in der Zweiten Republik stolz sein können auf eine Gesellschaft, die vor allem auf Solidarität

basiert. Unser gesamtes Sozialsystem ist auf Solidarität ausgelegt, wie auch das Gesundheitssystem im Übrigen und das ist aus meiner Sicht, Solidarität ist der Kitt unserer Gesellschaft und an dem Kitt wird derzeit gekratzt und ich fürchte, dass irgendwann, wenn man an dem Kitt kratzt, dann fällt das ganze Ding irgendwann auseinander und dagegen wird sich die Sozialdemokratie mit all ihrer Kraft auch in den nächsten Jahren, egal wie viele wir hier herinnen sind, wir werden uns mit voller Kraft auch weiterhin dagegenstemmen, dass an diesem Kitt gekratzt wird und die Solidarität muss auch in den nächsten Jahren in Österreich das bleiben, was diese Gesellschaft zusammenhält (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Das war es jetzt! Aus... nein ...!

Marak-Fischer:

Es muss nur noch Dank bleiben!

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Nein.

Marak-Fischer:

Doch, den Dank für ...

Bgm.-Stv Eustacchio:

...das bestimmst nicht du. Kurzen Dank und dann ist finito.

Marak-Fischer:

Kurzen Dank dem Herrn Dr. Kamper und vielen Dank. Ja, also Herrn Dr. Kamper selbstverständlich, Herrn Kicker selbstverständlich und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Hauses Graz, die tagtäglich wertvolle Arbeit leisten, obwohl die Aufgaben jährlich immer mehr werden. Ich glaube, dafür muss immer Zeit sein, auch wenn dieses Licht hier schon rot blinkt. Vielen Dank (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (11.57 Uhr).

GR Swatek, Neos: 11.57 bis 12.10 Uhr

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Ich darf heute zum zweiten Mal als Letzter unserer Runde hier zum Pult schreiten und ein weiteres Mal über das Budget reden, ein Budget, das den politischen Weg ebnen würde für das nächste Jahr. Und was wir am Anfang gleich festhalten müssen ist, dass alles, was in diesem Budget nicht verschriftlich ist, das wird es auch nicht geben. Und wenn man offen und ehrlich ist, muss man auch sagen, dass die Koalition eine Sache sehr gut kann und das ist Inszenierung. Die Art und Weise, wie das Budget angekündigt wurde, wunderschöne Pressekonferenz, hohe Zahlen, alles ist super, alles ist top und vor allem auch jetzt die letzten Tage in jeder Zeitung ein einseitiges Inserat darüber, wie toll das hier in der Stadt ist, das kann man sagen, das ist schon sehr gut gemacht. Nur was mich persönlich, natürlich im „Grazer“ war eine Seite drinnen. Ich habe die Seite sogar da, falls du das nicht glaubst. In der „Woche“ war auch eine ganze Seite drinnen, also dafür Steuergeld auszugeben, kann man diskutieren. Aber man versucht zumindest, sich selbst zu inszenieren in der Stadt. Ich habe mich dann vier Tage hingesezt und habe mir das Budget genauestens durchgeschaut. Ich muss offen und ehrlich sagen, die Erwartungshaltungen, die auf diesen wunderschönen Werbeeinschaltungen in mir

geweckt worden sind, die sind nicht erfüllt worden. Ich bin ehrlich gesagt sogar ein bisschen enttäuscht. Eigentlich so enttäuscht, dass ich mir überlegt habe, ob ich mich einfach heute hier raufstelle und die Rede vom letzten Budgetgemeinderat halte.

Zwischenruf GR Lohr: Immer gleich.

Swatek:

Ich glaube, erstens hätte das niemand gemerkt, das stimmt und zweitens hat sich grundsätzlich auch nichts verändert, weil die gleichen Dinge, die ich das letzte Mal kritisiert habe, sind heute noch immer gleich und man kann eigentlich sagen: Wenn sich was geändert hat, dann ist es nicht viel. Letztes Mal habe ich kritisiert, die Kosten für Gebühren bei Kanal und Müll die steigen weiterhin und treffen natürlich besonders einkommensschwache Familien, aber was ich hier auch beim letzten Mal sehr stark kritisiert habe, ist z. Bsp. die Ordnungswache. Die Ordnungswache seit 2017 hat einen Budgetboost, der lebt von 800.000 Euro, das sind fast 50%-Steigerung. Wirklich sicherer macht die Stadt das natürlich nicht, das wissen wir alle. Und was in dem Budget sehr deutlich wird, ist einfach, dass in dem Budget und dass in dieser Koalition vor allem Prestigeprojekte im Vordergrund stehen und politische Denkmäler. Es beginnt bei der Ordnungswache und geht natürlich bis zu einer Plabutschgondel und da werden natürlich auf Kosten dieser Projekte die wirklichen Themen, die in der Stadt anstehen, hinten nachgelassen. Ich habe mich dann doch dagegen entschlossen, die Budgetrede vom letzten Mal zu halten, weil in diesem Budget zwei Dinge anders sind und meine Rede deswegen der vom letzten Mal diesen Dingen nicht gerecht worden ist. Das eine Thema, und das stellt in meinen Augen einen Eckpfeiler eines guten Budgets dar und ist auch eines meiner Herzensthema, ist natürlich die Bildungspolitik in dem Haus. Die besteht nämlich meiner Meinung nach nur noch aus Tarnen und Täuschen, denn wenn man sich die Zahlen wirklich anschaut und wirklich schaut, was schwarz auf weiß geschrieben ist, dann kann man ganz klar Kürzungen rauslesen und

man braucht mit Inseraten nicht versuchen, das zu verdecken. Und das zweite Thema, das ist stetige Fortsetzung der Schuldenpolitik, die besonders unter dieser Regierung ein ungeheures Ausmaß an Verantwortungslosigkeit angenommen hat. Aber beginnen wir mit der Bildungspolitik. Schon in den letzten Jahren hat es selbstverständlicherweise hier in diesem Haus relativ hohe Investitionen in Bildung gegeben und das ist auch gut so. Und der Grund dafür ist uns, glaube ich, allen klar: Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik, die beste Arbeitsmarktpolitik, die beste Integrationspolitik. Bildungspolitik ist vor allem auch die Investition, die es einem jeden Menschen ermöglicht, dass ihm später Tür und Tor offensteht, damit man den Dingen nachgehen kann, denen man auch nachgehen will. Also die Investition in Bildung ist immer auch die Investition in die Zukunft, in eine chancenreiche Zukunft und das heißt vor allem nicht nur in eine chancenreiche Stadt, sondern auch in die Chancen jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers. Und die Wichtigkeit dieses Budgets, des Bildungsbudgets, ist natürlich auch der der schwarz-blauen Regierung bekannt und deswegen versucht man nämlich mit Inseraten schön daran vorbeizureden, was im Bildungsbudget wirklich passiert, nämlich, dass es eigentlich zu einer massiven Kürzung kommt. Und das kann sich auch jeder Bürger und jede Bürgerin relativ einfach anschauen, weil das Budget ist mittlerweile online und man muss im Budget, wenn Sie auf graz.at gehen, gleich in der wunderbaren grünen Box auf Seite 706 gehen, dann bekommt man dann relativ einfach zusammengestellt die Haushaltsanalyse der Stadt Graz und da sieht man, es gibt außerordentliche Ausgaben, es gibt ordentliche Ausgaben und was man dann immer hört, ist in der Stadt, dass die Bildungsausgaben ja eh um 3 % steigen. Und was man dazusagen muss allerdings, ist, dass es sich nur auf das Eckwertbudget bezieht, also kann man sagen, auf die ordentlichen Ausgaben. Ausgaben, die regelmäßig sind, Ausgaben, die jedes Jahr wieder von vorne anfangen. Aber Investitionen in Bildung finden Sie im außerordentlichen Budget, und im außerordentlichen Budget sehen wir schwarz auf weiß, dass wir in den letzten Jahren jeweils um 30 Millionen Euro investiert haben, 2018 waren es 37 Millionen Euro und dass für 2019 wir nur noch 15,76 Millionen Euro investieren. Damit hat sich das Investitionsbudget für unsere Bildung von 2018 auf 2019 um ganze 21 Millionen

verringert. Und das kommt natürlich nicht so gut an, wenn man das offen und ehrlich sagt, dass das Bildungsbudget um 21 Millionen Euro sinkt. Mich wundert es ja, warum hier gerade niemand schreit, aber ich sehe gerade, die schauen alle nach, ob das wirklich im Budget steht. Ja, steht drinnen, Herr Kollege. Warum das natürlich vertuscht wird, ist völlig klar. Und ich stelle mir halt offen und ehrlich die Frage, wie man dann auf die 53 Millionen Euro kommt, die man hier anpreist, weil von 15 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro ist es schon noch eine kleine Spur. Wenn man genau ist, eigentlich so um die 35 Millionen Euro, und da sind in den letzten Tagen auch schon medial ein paar Argumente ausgetauscht worden und Debatten soundso, und dann heißt es immer, das restliche Budget soll aus dem Investitionsfonds kommen. Wir wissen alle, dass es diese ehemalige wunderschöne Blackbox, da liegt Geld drinnen, das schimmert dann jeweils dorthin, wo man glaubt, dass es richtig angesetzt ist. Nur das einzige Problem an dieser Blackbox ist halt einfach, dass 2019 in der Blackbox nur 29 Millionen drinnen liegen, das heißt, wenn man die gesamte Blackbox hinschieben würde zum Bildungsbudget, kommt man noch immer nicht auf die versprochenen 50 Millionen Euro. Und das ist vor allem insofern auch schlecht, als dass in den Investitionsfonds an sich, wenn man ganz genau schaut, steht es schwarz auf weiß in den Zahlen, also da braucht man nicht mit Inszenierung wieder kommen und vertuschen, sondern es ist halt schwarz auf weiß, kann sich jeder Bürger informieren.

*Zwischenruf GR **Frölich**: Sinnerfassend lesen.*

Swatek:

Warum es grundsätzlich geht, ist, dass natürlich dieser Investitionsfonds nicht nur verwendet wird für den Schulausbau. Das heißt, diese ganzen 29 Millionen Euro können wir gar nicht in Schulen investieren, sondern vor allem es werden auch andere Projekte, wie z. Bsp. Straßenbahngarnituren, wie wir wissen, aber auch die

Plabutschgondel dadurch finanziert. Und dass am Schluss die Bildung gegenüber der Plabutschgondel den Kürzeren zieht, ist, glaube ich, relativ klar und da brauchen wir uns auch nichts vormachen. Die Gondel kommt, koste es, was es wolle. Das ganze Investitionsbudget an sich, da wird auch immer eigentlich nur von Schulen gesprochen und das ist eigentlich, Bildung ist mehr als Schulen, vor allem auch in einer Gemeinde und vor allem auch in Graz. Bildung beginnt schon vor der Schulzeit und betrifft vor allem frühkindliche Bildungseinrichtungen und die Entscheidung, die man hier in diesem Haus getroffen hat, ist einfach, dass man bei frühkindlichen Bildungseinrichtungen nicht zusätzlich investiert, sondern dass man einfach versucht, den Status quo aufrecht zu erhalten. Ein gutes Beispiel dafür ist der Versorgungsgrad der Null- bis Dreijährigen. Laut Barcelona-Ziel hat man sich in der EU das Ziel gesetzt, dass man einen Versorgungsgrad von 33 % hat und in der Stadt Graz erfüllen wir das auch.

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Swatek:

Die einzige interessante Geschichte an diesem Versorgungsgrad ist, dass dieser Versorgungsgrad an sich in der EU eigentlich geschafft wurde, dass konservative Länder, die keine aktive Familienpolitik betreiben, dass konservative Länder, die keine Politik betreiben, um Familie und Beruf vereinbar zu machen, auch endlich in Bildung, in frühkindliche Bildung, investieren müssen. Und genau auf diesem Stand auf diesen 33 %, der für diese konservativen Länder vorgesehen ist, genau auf diesem Stand sind wir in der Stadt Graz. Und das ist meiner Meinung nach einfach zuwenig, denn wenn wir Beruf und Familie vereinbar machen wollen, dann müssen wir in diesem Gebiet auch endlich investieren und das ist in dem Budget einfach nicht vorgesehen. Wir wollen nur den Status quo erhalten. Was an der ganzen Sache auch interessant ist, das ist, wenn man international sich umsieht und Städte, die auch gleich groß sind wie

Graz, vergleicht, dann sieht man, dass der Versorgungsgrad mittlerweile bei vielen Städten weit über diesem Barcelona-Ziel ist. Man sieht es auch in Österreich an sich, dass die ganzen großen Städte aufrüsten, investieren. Linz möchte jetzt neu investieren, die Wiener haben schon investiert, sind bei 45 % Versorgungsgrad. Auch die Münchner haben einen Versorgungsgrad von 45 % bei Null bis Dreijährigen. Wie man sehen kann, es wird nicht neu investiert, es wird Investitionen in Bildung eigentlich sogar gekürzt und das ist einfach in der Form kein Bildungsbudget, wie ich mir ein Bildungsbudget vorstelle, nämlich ein Budget, das wirklich in die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger investiert (*Appl.*).

Auf den zweiten Punkt möchte ich auf die Schuldenpolitik in dem Haus eingehen. Man sagt ja immer: Haushalte werden in den guten Zeiten ruiniert und man soll dann sparen, wenn man in schwarzen Zahlen, nicht erst dann sparen, wenn man in roten Zahlen ist, weil dann ist es halt meistens leider schon zu spät und seit der Angelobung Ihrerseits, Herr Bürgermeister Nagl, ist bei Ihnen heute immer ein Trend deutlich erkennbar und der ist halt einfach neue Schulden. Und unter Schwarz-Blau wird dieser Trend noch zusätzlich verstärkt. Bis zum Ende der Gemeinderatsperiode, bis zum Ende der Schwarz-Blauen Regierungsperiode steigt unser Schuldenstand in der Stadt auf 1,6 Milliarden Euro. Dann ist der Schuldenstand unter Schwarz-Blau alleine um 500 Millionen Euro gestiegen oder, anders gesagt, um 42 %, was schon eine ordentliche Zahl ist. Und mit dieser stetigen Schuldenpolitik macht man vor allem eines, man hängt einfach nur den Jungen, der nächsten Generation einen Schuldenrucksack um, den sie ein ganzes Leben abbezahlen müssen. Interessante Seiteninformation, wenn die Schwarz-Blaue Regierung hier mit ihrer Koalition am Ende ist, dann hat jede Grazerin und jeder Grazer einen Schuldenrucksack von 5.500 Euro. Wenn man sich jetzt andere Städte anschaut und vielleicht nur ganz leicht über die Grenze schaut in Richtung Deutschland und sich dort München anschaut, die haben z. Bsp. 2005 3,2 Milliarden Euro Schulden gehabt und haben die letzten Jahre dazu benutzt, Schulden abzubauen. Wo wir 1,6 Milliarden Euro Schulden haben mit 2022, haben die 680 Millionen. Das heißt, wir haben in Graz am Ende der Koalition einen

Schuldenstand pro Kopf von 5.500 Euro und in München werden sie einen Schuldenstand haben von 400 Euro pro Kopf.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Swatek:

Natürlich ist das ein Vergleich, naja es ist ein sehr guter Vergleich, weil München mit viel größeren Herausforderungen konfrontiert ist als wir. Die haben ein viel größeres Problem bei Wohnungen, die haben ein viel größeres Problem bei Wohnungen. Die haben ein viel größeres Problem, wenn es um

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Swatek:

Ja, sag ich ja, sie müssen investieren. Sie haben ein viel größeres Problem, wenn es auch um Versorgung geht oder, habe ich schon gesagt, 45 % Versorgungsgrad bei Null- bis Dreijährigen in München und vor allem, ich habe die Pro-Kopf-Zahl angegeben, und das ist schon ein Indikator, den kannst überall draufziehen.

*Zwischenruf GR **Hötzl**: Der Vergleich hinkt.*

Swatek:

Naja, es ist eine Pro-Kopf-Zahl. Eine Pro-Kopf-Zahl kann nicht hinken, wenn ich nicht die gleichen Vorausforderungen habe.

Aber ich glaube grundsätzlich, dass in der gesamten Ebene der Politik es einen großen Fehler gibt, warum Budgets immer so aussehen, wie sie aussehen und warum wir uns Jahr für Jahr wieder verschulden in Österreich und warum es da auch keine Trendumkehr gibt. Und es ist einfach, dass Sie, Herr Bürgermeister, aber auch Sie, Herr Vizebürgermeister und Herr Stadtrat, Sie haben zwar die Verantwortung dafür oder die verantwortungsvolle Aufgabe, Jahr für Jahr ein Budget zu erstellen. Doch, wenn Sie Ihre politischen Funktionen verlassen, dann trifft Sie keine Verantwortung mehr, denn Sie sind für den Schaden, den Sie hinterlassen, nicht haftbar. Und genau das ist der Grund, warum auch in diesem Budget die derzeitige Situation vorfindet. Neuschulden auf Kosten der nächsten Generation, wenige Investitionen in Bildung und so einem Budget kann ich einfach nicht zustimmen (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Wir sind jetzt mit den Generalrednern auch fertig geworden. Kurz, bevor wir in die Pause gehen, darf ich noch eine Persönlichkeit jetzt auch in den Mittelpunkt stellen. Es wird mit Jahresende eine Persönlichkeit der Stadt Graz in Pension gehen, die jetzt viele, viele Jahre an unserer Seite für den Sport, vor allem auch für den Jugendsport, Unglaubliches geleistet hat. Wenn unser Abteilungsvorstand Gerhard Peinhaupt jetzt in Pension geht, hat er vom Jahre 1999 weg bis heute fast zwei Jahrzehnte für den Sport der Stadt Graz und für unsere Stadt gearbeitet. Dass er Weltmeister im Wildwasserpaddeln war, wissen alle, ich habe es noch einmal herausgesucht, 1977 war es im Team, aber auch Einzelweltmeister. Er hat auch damit viele Menschen, vor allem junge Menschen, auch begeistern können für den Sport, weil man gut zeigen kann, dass man auch als Grazerin und Grazer oder Steirerin und Steirer oder Österreicherin oder Österreich international sportlich erfolgreich sein kann. An olympischen Spielen, glaube ich, hast du nie teilgenommen, Gerhard? Weil es damals noch keine olympische Disziplin war. Uschi Profanter hat er aber als Profitrainer auch begleitet und zum Erfolg geführt. Wir möchten dir heute danke sagen für diese zwei Jahrzehnte unmittelbare Zusammenarbeit für die Stadt Graz. Ich möchte dir danke sagen, dass wir etwas

umgesetzt haben, es geht auf deine Ideen zurück, nämlich im gesamten Förderbereich im Sport der Stadt Graz Transparenz hineinzubringen. Du hast ein Sachprogramm Sport 2006 erstellt, du hast es aber auch geschafft, klare Kriterien aufzustellen, wonach jeder Verein, der in Graz tätig ist, seine Förderungen bekommt. Vor allem hast du es auch geschafft klar zum Ausdruck zu bringen, dass es das Wichtigste ist, in die Jugend zu investieren und du hast es geschafft, in unserer Strategie, dass zwei Drittel der Sportförderung in Richtung Jugendsport geht (*Allgem. Appl.*). Du hast auch immer die Zeichen der Zeit erkannt. Wir verdanken dir jetzt auch, dass die angloamerikanischen Sportarten, die bei uns Einzug gefunden haben, jetzt auch in Weinzöttl in Andritz einen wunderbaren Platz bekommen werden. Er befindet sich ja gerade im Bau und dabei kann ich dann auch erwähnen, dass du mit uns gemeinsam auch geschafft hast, dass wir in den letzten zwölf Jahren sage und schreibe 120 Millionen Euro in unsere Sportstätten investiert haben. Und ich kann nur sagen, es kommt unheimlich gut an. Es ist ganz egal, ob die Meisterschaften in der Auster sind oder jetzt in unserer neuen großartigen Raiffeisensportpark-Geschichte in der Hüttenbrennergasse. Die Spielerinnen und Spieler, die jetzt kommen, die Trainerinnen und Trainer sagen immer und jetzt fahren wir heim, vielleicht auch nach München und erzählen ihnen, wie cool die Sportstätten von Graz sind. Ein Riesen-Dankeschön dir, deiner Familie, deiner lieben Frau, jetzt eine schöne Zeit. Im Rathaus und in vielen Bereichen der Stadt Graz steht wahrscheinlich immer ein Kaffee für dich parat. Bleibe gesund, alles Gute. Danke dir (*Allgem. Appl.*).

Mag. Peinhaupt:

Danke für den Applaus. Das macht mich ein bisschen nervös, obwohl ich jetzt (*lacht*) wirklich schon sehr viele Jahre für die Stadt Graz tätig bin. Ich glaube, in diesen Jahren ist es gelungen, den Stellenwert des Sports zu heben. Da danke ich besonders dem Bürgermeister, Herrn Vizebürgermeister, den Stadträten, meinem Stadtrat, der ja mit sportlichem Elan vorangeht und immer sehr aktiv ist, den Stadträten und Finanzstadtrat, dem Gemeinderat und den Ausschüssen, die sehr viele oder, ich

glaube, fast alle Gemeinderatsstücke einstimmig beschlossen hat. Dafür danke ich und nicht zuletzt haben wir auch eine Weltklasse-Athletin im Gemeinderat sitzen, die Marion Kreiner. Das ist auch ein Zeichen, dass der Sport in der Gesellschaft einen höheren Stellenwert hat. Ich war immer aktiv in meiner Zeit und besonders auch die Stadträte Eisel-Eiselsberg haben mitgesportelt und Kurt Hohensinner, der mich im Grazathlon besiegt hat, ich habe mich verletzt (*lacht*) und (*lautes Lachen im GR-Saal*), ich glaube nicht, dass ich ihn besiegt hätte im Lauf, aber wir haben Streetwork-out-Plätze geschaffen, die jetzt sichtbar sind und sehr gut angenommen werden und da ist ein Gerät dabei, das halt meine Domäne ist und im Klimmzugmachen hat er mich gefordert und ich habe ihm dann halt gezeigt, was ein Paddler zusammenbringt (*Lachen im GR-Saal*) und da, glaube ich, kommt keiner an mich heran und ja diese Aktivitäten wünsche ich weiterhin und möchte jetzt den Gemeinderat auffordern, mit mir drei wichtige Übungen zu machen. Es wird ja hier in diesem schönen Saal sehr viel gesessen und sehr viel geredet, aber bewegt wird sehr wenig (*lautes Lachen im GR-Saal*) (*Allgem. Appl.*). Ja gut. Ich habe es jetzt auf die Bewegung bezogen (*lacht*) und (*lautes Lachen im GR-Saal*) und deswegen möchte alle bitten aufzustehen. (*Alle Anwesenden erheben sich und folgen den Anweisungen*).

Die erste Übung ist einmal: Dehnen ist immer gut, wenn man lange sitzt und befreit die Lunge, dann kann man wieder gut sprechen. Tief einatmen und senken. Die zweite Übung: Ich will es nicht zu lange machen. Das sind jetzt zehn Kniebeugen (*Lachen im GR-Saal*), langsame Kniebeugen, das ist Kräftigung. B steht für Bewegung und Balance. Balancieren auf einem Bein, da findet man die Mitte, oh ja, und dann die Steigerung ist mit geschlossenen Augen und dann sieht man, was im Körper passiert. Und das auch auf der anderen Seite, das andere Bein (*Lachen im GR-Saal*) und wieder die Augen schließen und kurz konzentrieren und sammeln. Ich hoffe, auch wenn ich weg bin, wird Ihnen das in Erinnerung bleiben (*Lachen im GR-Saal*) und Sie werden vielleicht in der GR-Sitzung zwischendurch einmal eine Einheit machen, fünf Minuten reichen oder drei Minuten reichen. Ich bedanke mich (*Allgem. Appl.*) und möchte mich auch noch bedanken bei meinem Magistratsdirektor, bei meinen Kolleginnen und Kollegen, die

mich in der Arbeit sehr unterstützt haben, sodass es für mich eine große Freude war, für die Stadt Graz zu arbeiten (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Danke dir, lieber Gerhard Peinhaupt. Du hast das berühmte Geschenk bekommen, weil du die Geschichte der Stadt Graz mitgeschrieben hast. Heute hast du sicherlich Geschichte geschrieben, weil die verordnete Turnstunde im Gemeinderat hatten wir noch nicht. Wer sich erinnern kann, Ilse Buck für zu Hause hat es gegeben, würdiger Nachfolger, alles Gute dir und deiner Familie (*Allgem. Appl.*).

Ich darf den Gemeinderat, wie ausgemacht, unterbrechen. Wir setzen um 14.05 Uhr fort.

Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 12.20 Uhr bis 14.00 Uhr.

Fortsetzung der Gemeinderatssitzung um 14.05 Uhr

Bgm. Nagl:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, meine geschätzten Damen und Herren. Ich darf Sie jetzt alle wieder im Gemeinderatssitzungssaal begrüßen. Wir fahren jetzt mit unserer Sitzung fort. Ich möchte noch anmerken, dass wir heute immer wieder auch hohen Besuch aus dem Ausland bekommen, deswegen bin bei der einen oder anderen Rednerin oder Redner auch nicht anwesend, bitte das zu entschuldigen. Auch am Nachmittag wird heute noch der Botschafter Italiens kurz die Stadt Graz besuchen und mir einen Besuch abstatten. Ich werde selbstverständlich sofort danach wieder auch im Gemeinderat sein.